

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 296.

Dienstag, den 19. Dezember 1911.

18. Jahrg.

## Seht die Wählerlisten ein!

Hierzu zwei Beilagen.

### Wen der Reichsverband bekämpft.

Die „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“, die der auf Arbeiterfeindschaft gerichteten Presse regelmäßig zugeht, erscheint seit der Reichstagsauflösung als besondere „Wahlkorrespondenz“. Sie fordert in ihrer ersten Nummer alle Organisationen und Freunde des Reichsverbandes „auf die Schanzen zur Verteidigung des Staates, der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegen den inneren Feind, gegen die dunklen Mächte des Umsturzes“. Nun ist dem Reichsverbande sehr wohl bekannt, daß mit dem Geschehen über den inneren Feind kaum ein Hund hinter dem Ofen hervorzulocken ist; jeder halbwegs einsichtige Gegner der Sozialdemokratie bekennet, daß das Deutsche Reich trotz seiner ungeheuren Heeresmassen sich lieber heute als morgen begraben lassen könnte, wenn etwa der dritte Teil aller aktiven deutschen Reichstagswähler, der voraussichtlich sozialdemokratisch stimmt, für eine Partei votierte, die mit den Reichsverbandschlagworten abgetan wäre. Andererseits ist aber die freikonservative Scharfmacherei, deren Interessen der Reichsverband im Wahlkampfe zu verfechten hat, viel zu armfellig an geistigem Gehalt, als daß sie auch gegen noch so schmerzliche Belangreiche Streiter für ihre allgemein verhaßte Sache stellen könnte.

In dieser verzwickten Lage tut der Reichsverband, was ihm nach Lage der Dinge am ähnlichsten sieht. Er schilt vorab auf diejenigen bürgerlichen Politiker, die in Rücksicht auf ihre Geruchsnerven in den reichsverbändlerischen Sumpfen nicht herabsteigen mögen.

In einem ihrer Wahlartikel nennt die „Wahlkorrespondenz“ u. a. die Minister Posadowsky, Podewils und Bodman, die Professoren Sombart, Schmoller und Delbrück, die Dichter Ohlen, Björnson und Gorki, die Pfarrer Hohoff (ein strenger Katholik nebenher bemerkt), Rutter, Liebster und Pfannkuche, die Bürgermeister Rirschner, Fuß und Tröndlin mit Namen, weil sie „der Sozialdemokratie den kleinen Finger gereicht“ haben. Die genannten Personen haben nach der Reichsverbandskorrespondenz durch irgendwelche Äußerungen „der Sozialdemokratie goldene Brücken gebaut“, sie sind „Lobredner der Sozialdemokratie“ und können ihre Namen in sozialdemokratischen Flugblättern „nicht ohne das Gefühl einer gewissen Beschämung lesen“.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie merkt anscheinend nicht, welchen Bärendienst er seiner Sache leistet, wenn er dem Bürgertum mit seiner Denunziation hand und zu wissen gibt, daß die hellsten Sterne der Weltliteratur, die ersten Gelehrten Deutschlands, sei es bedingt oder unbedingt, Worte der Anerkennung für die sozialdemokratische Kulturbewegung übrig haben. Er schilt weiter. Immer noch nicht so sehr auf die Partei, zu deren Bekämpfung er von den Scharfmachern ins Leben gerufen ist, als auf die Vertreter des Bürgertums, die nicht so wollen wie er. In einem zweiten Artikel muß der Professor Kobatsch in Wien daran glauben. Allerdings hat dieser Gelehrte eine Untat auf dem Gewissen, die fast noch ärger ist, als die „Vaterlandsverräterei“ der Sozialdemokratie. Er hat nämlich eine Schrift verfaßt, betitelt: „Die volks- und staatswissenschaftliche Bilanz der Rüstungen“; diese Schrift führt den Nachweis, daß die Rüstungen schließlich auch den stärksten Staat ruinieren müssen und das schlimmste Kulturhemmnis sind. Wer da bedenkt, welche Riesenprofite die Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten dadurch erzielt haben, daß sie dem Deutschen Reiche zu ungeheuren teuren Preisen und dem feindlichen Auslande zu ganz wesentlich billigeren Preisen ihre Waren verkaufen, wird ein Verständnis dafür haben, daß diese Prozentpatrioten in jedem Gelehrten, der ihnen in die Suppe spuckt, einen Feind sehen, der vom Reichsverbande ebenso scharf wie die Sozialdemokratie selbst bekämpft werden muß.

Nachdem die Angestellten des Scharfmachertums der mit bürgerlicher Bildung und Wissenschaft fertig ge-

worden sind, muß auch die bürgerliche Politik daran glauben, soweit sie nicht streng auf den Pfaden der freikonservativen Scharfmacherei wandelt. Herr Geheimrat Nieber erhält in einem „Hansabundworte und Hansabunddaten“ überschriebenen Artikel seine Lektion, weil der Hansabund im Herzogtum Altenburg nicht den freikonservativen Reichsverbandskandidaten Schmidt, sondern den linksliberalen Rechtsanwalt Dr. Peipelman unterstügt. Wörtlich heißt es am Schlusse dieses Reichsverbandsartikels: „So ist dieser Fall, dem zahlreiche ähnliche an die Seite gestellt werden können, ein Schulbeispiel dafür, daß der Hansabund in der Theorie wohl ein energischer Vertreter der „gewerblichen Interessen“ ist, sich aber in der Praxis darstellt als eine Organisation zur Förderung linksliberaler Wahlen.“

Wir Sozialdemokraten haben bekanntlich besseres zu tun, als uns für den Hansabund zu engagieren; aber der Reichsverband muß uns schon die Bemerkung gestatten, daß gerade dieses Beispiel klassisch zeigt, wie sehr bei ihm selber Theorie und Praxis von einander abweichen. Was den Teufel geht es den Reichsverband an, ob irgendeine Organisation zur Förderung linksliberaler Wahlen dient, wo er selber doch nach § 1 seiner vom 29. März 1906 datierten Satzungen alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung einigen und ja wohl auch unterstützen will, sofern sie nur Gegner der Sozialdemokratie sind? Und wie kommt der Reichsverband dazu, die „Förderung linksliberaler Wahlen“ und die „Förderung gewerblicher Interessen“ als Gegensätze einander gegenüberzustellen? Plumper als in diesem Falle können die Reichsverbändler kaum für ihre Zugehörigkeit zur freikonservativen Partei Zeugnis ablegen.

Aber, so wird man endlich fragen, wo bleibt denn beim Reichsverband, nachdem er gegen alle möglichen bürgerlichen Richtungen sein Gift verstreut hat, der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der doch vor allem zur Reichstagswahl das Wesen seiner Existenz ausmachen soll? Du lieber Himmel, auch die Sozialdemokratie kommt in der „Wahlkorrespondenz“ wenigstens quantitativ einigermaßen zu ihrem Rechte. Wessen der Reichsverband in dieser Hinsicht fähig ist, möge ein Artikel zeigen, der die Überschrift trägt „Wohin der Internationalismus führt.“ Da wird festgestellt, daß sich in geradezu erschreckender Weise die Fälle von Spionage mehren. Wer aber ist schuld an dieser Erscheinung? Der Reichsverband gibt die Antwort: „Man geht wohl nicht fehl, wenn man den geistigen Nährboden für solche verwerfliche Tätigkeit in der systematischen Volksverhetzung der „internationalen, völkerbeleidigenden“ Sozialdemokratie sieht... Hier vorzubeugen, ist unabwiesbare Pflicht.“ Also Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, weil — nun, weil eilige kleine Prozentpatrioten beim schimpflichen Handwerk der Spionage ertappt worden sind!

Bis jetzt markierten sich bekanntlich alle Deutschen, die beim Landesverrat abgefaßt worden sind, als kernsteife Staatsstützen. Es waren Beamte, die Hipisch und Wuff, die im Spionageprozeß Schulz eine so schimpfliche Rolle spielten, und ebensoviele wie diese werden die in den letzten Tagen genannten Landesverräter, der Schuzmann Glauf in Wilhelmshaven und der Feldwebel Schröder in Posen etwas anderes mit der Sozialdemokratie zu tun gehabt haben, als daß sie nach Vorschrift auf sie schimpften.

Nach welchem Rezept deutsche Landesverräter ihr Handwerk treiben, hat ja der Prozeß gegen den zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Schriftsteller Schwara gezeigt. Am 3. Juni 1908 druckte die „Tägl. Rundschau“ ein Gedicht dieses Patrioten ab, das nach ihren Worten „von Patriotismus förmlich triefte“. „Der Dichter dieser stimmungsvollen Verse“, so schrieb dann das alldeutsche Blatt, „ist derselbe Mathias Schwara, der vielleicht am selben Tage, als er das „Deutsche Lied“ zu Papier brachte, eifrig am Werke des Vaterlandsverrats arbeitete.“

Doch es ist überflüssig, über den Reichsverbandskampf gegen die Sozialdemokratie noch ein Wort zu verlieren. Wir wollen die Vermutung unterdrücken, daß im Reichsverbandsbureau geheime Förderer des Umsturzes ihr neckisches Wesen treiben. Aber wer willkommene Feinde kann die Sozialdemokratie sich in der Tat nicht wünschen, als diejenigen, die im Wahlkampfe ingrimmig

gegen die wissenschaftlichen Vertreter der bürgerlichen Ordnung herziehen und die hochpatriotischen Zuchthauskandidaten als Opfer des Sozialismus drapieren!

Und Julius Klein besitzt den beneidenswerten Geschmack, in seinem Helfershelfer Reichsverband, dessen Rüstkammer er seine „geistigen“ Waffen entnimmt, die „Frucht“ zu erblicken, „an der die Weipen nagen“, die, weil in Otensen-Pinneberg nicht nur sein Parteimitglied Dr. Braband, sondern auch der nationalliberale Kandidat Dr. v. Bröcker aus politischem Reinlichkeitsgefühl weit vom Reichsverband abrücken, sondern sogar offen erklären, mit ihrem Wissen und Willen werde kein Reichsverbandsflugblatt im Wahlkreise verteilt! Doch — „sage mir, von wem du dich aufstellen und unterstützen läßt, und ich werde dir sagen, wer du bist!“

### Die Reichstagswahl.

Der amtliche Apparat funktioniert.

In Pouch (Kreis Bitterfeld) halten unsere Genossen einen Gasthof, der ihnen bisher nie für Versammlungen zur Verfügung stand, am letzten Donnerstag doch endlich zur Abhaltung einer Wählerversammlung frei bekommen. Die beiden Versammlungsräume waren, als unser Kandidat Genosse Raute seine Ausführungen begann, gedrängt voll. Es fiel auf, daß sich, obwohl die Zusammenkunft polizeilich angemeldet war, zur Aufrechterhaltung der preußischen „Ruhe und Ordnung“ drei wohlgerüstete Gendarmen in dem Lokale eingefunden hatten. Einer der drei, ein Oberwachmeister, wurde bald in einem eifrigen Gespräch mit dem Wirt beobachtet. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Unser Genosse Raute hatte kaum eine Viertelstunde über die Taten des alten Reichstags gesprochen, als der Wirt mit der Mine eines zum Tode Verurteilten an den Redner herantrat und ihn dringend ersuchte, aufzuhören. Damit war die prächtige Versammlung aufgelöst, was man dann immer noch deutliche Versammlungsfreiheit nennt. Aber — 43 neue Mitglieder traten der sozialdemokratischen Partei bei. Wollten die Gendarmen das erreichen?

Die Wahlbewegung in Groß-Berlin

hatte am Sonntag zwei bemerkenswerte Vorfälle zu verzeichnen. In Steglitz hielten die Demokraten eine stark besuchte Versammlung unter freiem Himmel ab, weil sie, ebenso wie unsere Genossen, kein Lokal zur Verfügung haben und in einer Polen-Versammlung wurden unsere Genossen und Genossinnen von Nationalpolen beschimpft und sogar mißhandelt. Als der sozialdemokratische Kandidat des 4. Berliner Kreises das Wort erhielt, zogen die nationalen Schnapsblockhelden gröhnend ab. — In Spandau gab es solche Differenzen zwischen den Wirten und der Militärbehörde, die in Preußen-Deutschland bekanntlich über die Vergebung der Säle entscheidet, daß die Wirte beschlossen, überhaupt keiner Partei mehr ihre Säle zu Versammlungen zu geben!

Warum Oldenburg in den Reichstag muß verrät die „Kreuzzeitung“:

„An besonders exponierter Stelle sieht wieder der konservative Kandidat für Ebing-Marienburg, Kammerherr v. Oldenburg (Januschau), dessen leidenschaftlicher Royalismus manchem schwachmütigen Armezupfer und Abwinker höchst unympathisch ist, und der doch im Reichstage nicht fehlen darf, wenn nicht zum Schaden des alten Preußentums eine große Lücke entstehen soll.“

Wer nicht die Volksvertreter durch einen Leutnant mit zehn Mann auseinanderjagen lassen will, ist also ein schwachmütiger Armezupfer. Das ist die Meinung der Schtkonservativen über den Reichstag.

Als Termin für die Reichstagsstichwahlen

ist der 25. Januar in Aussicht genommen. Die amtliche Feststellung der Ergebnisse der Hauptwahl erfolgt am 16. Januar.

### Müller-Fulda kandidiert.

Der Zentrumsabgeordnete Müller-Fulda, der bisher allem Drängen, eine abermalige Kandidatur zu übernehmen, widerstand, hat in letzter Stunde doch nachgegeben. Als einen der Gründe, weshalb er sich entschlossen hat, doch wieder zu kandidieren, gab er an, daß das Zentrum doch den einen oder anderen bisherigen Abgeordneten infolge Sieges der Gegner verlieren werde, daß aber außerdem 32 bisherige Zentrumsabgeordnete als Inhaber von Doppelkandidaturen oder wegen ihres hohen Alters ausscheiden. Diesen zahlreichen neuen Kräften wolle Müller nun seine Erfahrung als alter Zentrumsstratege nicht versagen.

### Die altenburgische Regierung

erläßt eine Rundgebung, in der es als patriotische Pflicht aller staats-treuen Bürger bezeichnet wird, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, insbesondere wird das den Beamten vorgehalten, denen zur Pflicht gemacht wird, die Wählerlisten einzusehen.

Mögen sich das auch die Arbeiter überall zur Richtschnur nehmen!

### Zentrum und Nationalliberale im Industrie-revier.

In einer liberalen Versammlung in Düsseldorf wurde auch die verschiedenlich verbreitete Meinung von einem zwischen Zentrum und Nationalliberalen für das Ruhrrevier schon abgeschlossenen Stichwahlabkommen dementiert. Der Parteisekretär der Liberalen Versammlung erklärte, daß im November in einer jungliberalen Versammlung in Köln angeregt worden sei, jetzt schon Stellung zu einem etwaigen Stichwahlabkommen mit dem Zentrum zu nehmen und sich gegen diesen Pakt zu erklären. Die Versammlung habe das aber abgelehnt, weil es töricht sei, vor der Hauptwahl schon sich für eine eventuelle Stichwahl festzulegen. Diese Erörterung sei von demokratischer Seite in ein schon vollzogenes Stichwahlabkommen für das Ruhrrevier umgedeutet worden. Der Redner erklärte, daß von einem solchen Stichwahlabkommen zwischen den beiden Parteien vorläufig kein Wort gesprochen worden sei, und es sei verfrüht, sich über die etwaige Stellungnahme jetzt schon zu äußern. Für die Arbeiter des Industrie-reviers wird es schon das Beste sein, sie verlassen die Schlotbarone und Zentrumsagrarien erst gar nicht in die Möglichkeit, das Fell des Bären zu teilen und den Volksverrat zu kontingentieren.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Arbeiterfreunde.

Der bekannte Vorkämpfer der „Arbeiter“, Steller, der jüngst erst ein Gesetz oder zumindest mal Urteile gegen das Streikpostenstehen forderte, hat eine „Zeitschrift“ herausgegeben, in der er die Leistungen der Unternehmer (aus dem von den Arbeitern verarbeiteten Geld) für die Arbeiterversicherung verherrlicht und sich gegen zu viel Sozialpolitik wendet. Die Arbeiter führen sonst ein sorgloses Leben, würden genussüchtig, verlären die guten Eigenschaften und trachteten nicht mehr aufzuheizen. (Des modernen Arbeiters Moral ist nicht die Streberei, sondern die Solidarität!) All die Argumente Stellers drückt die „Kreuzzeitung“ freudvoll ab. Gegen die Liebesgaben, Zollwucherprofite und sonstigen geldeinbringenden Gunstbezeugungen des Staates für die Sunker hat das christliche Blatt nichts einzumenden.

### Wieder ein Sühnezug in Deutsch-Südwestafrika erfolgreich beendet.

Amlich wird gebracht, daß die Ermordung des Farmers Klinge durch Bushmänner „schnelle Sühne“ gefunden habe, indem die „ganze Mörderbande des Klinge aufgehoben“ und, soweit die schwarzen Landsleute nicht von den Kleinkalibrigen und den Schnellfeuer-geschützen in den Wüstenland gestreckt wurden, der Rest gefangen genommen wurde. Der Mörder selbst entkam. Für ihn werden umso mehr die andern büßen müssen. Und das nennt man schließlich noch Kulturarbeit!

### Die englische Spionage in Wilhelmshaven.

Offenbar sehr übertriebene Meldungen werden jetzt über die englische Spionage in Wilhelmshaven in die Blätter gebracht. Nach einer Mitteilung des „Berliner Tagebl.“ soll nur die Abschrift des geheimen Signalbuches an England abgeliefert worden sein. Das Signalbuch sei inzwischen abgeändert worden, jedoch es für England heute keinen praktischen Wert mehr besitzt. Als Täter kommen nach dem „Berl. Tageblatt“ ein Wilhelmshavener Schutzmänn und zwei ehemalige Unteroffiziere der kaiserlichen Marine in Betracht, die bereits festgenommen sind. In Aurich habe am Montag die Vernehmung des in Wilhelmshaven verhafteten Schutzmannes stattgefunden.

Danach ist also in Wilhelmshaven noch ein Schutzmänn wegen Spionageverdachts verhaftet; denn der zuerst verhaftete Schutzmänn Claus ist ja über alle Berge und noch kein Mensch hat sich die 500 Mark Prämie, die auf sein Haupt gesetzt wurden, verdient. Netze Ordnungshüter!

Nach einer Zuschrift der „Rhein. Westf. Zig.“ aus Offizierskreisen einer Norddeutsche sind eine Reihe von Angehörigen der Reichsmarine in die Spionagejagd verwickelt. — Die konservative „Post“ verlangt, wie feinerzeit beim Kieler Werkbund, daß hier „mit eisernem Beize“ gekehrt werde. Solche Beulen am kapitalistischen Gesellschaftskörper können nur Folgen des kapitalistischen Systems sein, das die scharfmaschinige „Post“ so sorgsam behütet und bewacht.

### Ein vernünftiges Urteil

Der Redakteur der „Leipziger Lehrerzeitung“ hatte einen Artikel argenommen, worin ein Kirchschullehrer sich über die niederen Küsterdienste beklagte, die den Lehrern heutzutage zuzugewendet werden, und den Geistlichen

den Vorwurf machte, daß sie bisher nichts dagegen getan haben. Durch die Wendungen des Artikels sollten nach Ansicht der Geistlichen und der Staatsanwaltschaft die Geistlichen karikiert und verspottet worden sein. Aber das Landgericht Leipzig sprach den Redakteur frei.

In diesem Urteil ist bemerkenswert, daß entgegen dem bisherigen Standpunkt des Reichsgerichts anerkannt wurde, daß auch der Redakteur strafrei sein muß, wenn der Verfasser in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat. Bisher urteilten die Gerichte anders. Da hieß es stets, dem Redakteur könne der Schutz des § 193 nicht zugebilligt werden, wenn er nicht eigene Interessen vertrat. Wenn z. B. ein sozialdemokratischer Redakteur die Interessen von Mitgliedern einer Schwindelkrankenkasse vertrat, so wurde er stets ohne Gnade verurteilt, wenn er nicht selbst Mitglied der Kasse war. Die neuerliche Stellungnahme der vierten Strafkammer des Landgerichts Leipzig ist ganz vernünftig, und es ist nur zu wünschen, daß die Staatsanwaltschaft sie als unvernünftig fürde und Revision einlege, damit das Reichsgericht seinen bisherigen Standpunkt nachprüfen kann.

### Die Teuerung steigt!

Die Lebensmittelpreise zeigen im November d. Js. zum großen Teil noch eine weitere Steigerung. Bei den Waren, die billiger geworden sind, ist der Rückgang des Preises nur ganz minimal. Außer Futtermittel haben die Hülsenfrüchte ihren Preis weiter erhöht, Erbsen im Großhandel von 344,7 auf 351,2 Mk., im Kleinhandel von 42,2 auf 43,9 Pfg., Speisebohnen im Großhandel von 383,2 auf 398,2 Mk., im Kleinhandel von 47,9 auf 48,1 Pfg., Linsen im Großhandel von 444,6 auf 469,3 Mk., im Kleinhandel von 56,1 auf 58,2 Pfg. Der Durchschnittspreis der Getreide ist im Großhandel von 77,2 auf 78,1 Mk. gestiegen. Die Eier sind von 517,2 auf 555,2 Pfg. für das Schock gestiegen. Vergleicht man die Preise mit denen des November vorigen Jahres, so zeigt sich, daß alle Lebensbedürfnisse mit Ausnahme des Schweineschmalzes, das seinen Preis um 8,4 vom Hundert ermäßigt hat, im Laufe des letzten Jahres teurer geworden sind. Am bedeutendsten sind die Preissteigerungen bei den Futtermitteln und bei den Hülsenfrüchten, hier um 21,6 vom Hundert. — Die Junker, Heiligen und Regierungen spüren nichts von einer Teuerung, folglich existiert sie nicht und man braucht nichts gegen sie zu tun.

### Persien.

Ungeklärte Verhältnisse. Aus Teheran wird gemeldet: Am Sonntag nachmittag sammelte sich eine große erregte Volksmenge im Hofe des Parlamentes an und verlangte von den Ministern Aufklärung über die Pläne der Regierung. Die Menge versicherte, das Volk sei bereit, für Persien zu sterben. Die Minister antworteten, der einzig mögliche Ausweg sei, das russische Ultimatum anzunehmen und in Rußland eine Anleihe aufzunehmen. Sie versprachen, Montag in einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung genaue Auskunft zu geben.

Der Erfolg soll an das Parlament aus Meiseb telegraphiert haben, man solle nicht persisches Blut gegen die Russen vergießen; er wolle kommen und alles ordnen. Hier geht das Gerücht, die Russen würden am Dienstag feierlich in Teheran einziehen, doch haben sie Raswin noch nicht verlassen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 19. Dezember.

Achtung, Müller und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 22 Müller und Mühlenarbeiter der Grismühle S. u. J. Brüggen, Hafensstraße, ihre Kündigung eingereicht. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Streik in der Darmhandlung von Schreiber, Katharinenstraße 47, dauert unverändert fort. Wir bitten jeden Zuzug von Schlachtern und Hilfsarbeitern streng fernzuhalten.

## Die Reichstagswählerlisten

für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte liegen bis einschließlich Freitag, den 22. Dezember, täglich

von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr im Konzerthaus Fünfhausen zu jedermanns Einsicht aus.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß das Parteisekretariat, Johannisstraße 50, gern bereit ist, für Wahlberechtigte, denen es an Zeit mangelt oder die sonst verhindert sind, die Listen einzusehen. Auch für Kranke muß die Wählerliste nachgesehen werden.

## Arbeiter, Parteigenossen! Seht die Wählerlisten ein!

Die Bürgerschaft hatte gestern nur eine kurze Tagesordnung zu erledigen, aber es wurde gegen 11 1/2 Uhr, als man auseinanderging, ohne alle Gegenstände verabschiedet zu haben. Zunächst war die Wahl eines Bürgerausschusses Mitglied des an Stelle des zum Vorkämpfer der Bürgerschaft erstorenen Dr. Görg vorzunehmen. Von unserer Seite war wieder der Genosse Stelling vorgeschlagen. Genosse Wape trat warm dafür ein und forderte, daß man wenigstens insofern Gerechtigkeit gegen die zweite Wählerklasse, die die große Mehrheit der Lübschen Bürger stellt, üben sollte, indem man der sozialdemokratischen Fraktion eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Bürgerausschuß einräumte. Auch die Herren A. Wape und Thiele äußerten sich im gleichen Sinne. Und das Resultat: Landgerichtsdirektor Weger wurde gewählt, das Recht der Minderheit mit Füßen getreten.

Eine lange Debatte zeitigte der Senatsantrag betreffend Errichtung der Stellen eines Direktors und ein ständigen Mitgliedes des Oberversicherungsamtes. Genosse Hoff erklärte sich trotz grundsätzlicher Bedenken, die sich auf die Nebenbeschäftigung richtiger Beamter erstreckten, mit dem Senatsantrag einverstanden, um den Versicherten die Möglichkeit zu belassen ihre Sache persönlich zu vertreten. Von juristischer Seite wurde Kommissionsberatung gewünscht. Schließlich gelang die Vorlage unverändert zur Annahme.

In eine Kommission verwiesen wurde der Senatsantrag betreffend die Bedingungen für die Abgabe von Drehstrom und Errichtung einer Verteilungsstelle in der Geniner Straße. Zu langen Erörterungen gab der Ausbau der Realschule zum Dom zu einer Oberrealschule Veranlassung. Alle Maßnahmen zur Sparsamkeit nickten nicht. Die Herren, die die Freischulen aufhoben, die Klassenfrequenz erhöht und alles taten, um unsere Volksschulen nach rückwärts zu entwickeln, waren Feuer und Flamme für die fossilige Oberrealschule, die ihren Angehörigen zukommen soll. Mit Ach und Krach, nämlich mit angeblühener Stimme Mehrheit, wurde endlich der Senatsantrag der Fassung des Bürgerausschusses für angenommen erklärt. Dann ging man auseinander.

Gründe, keinen Liberalen zu wählen. 1. Grund. Die Liberalen sind die Vertreter des Großkapitals. Fast überall im Deutschen Reich haben sich Nationalliberale und Fortschrittler zusammen geschlossen, und sie gehören auch zusammen, weil sie beide Vertreter großbürgerlicher, kapitalistischer Interessen sind. Die nationalliberale Partei vertritt vornehmlich die Interessen der Großindustrie, die Fortschrittspartei jenes des Handels- und Wucherkapitals. Ausschüßräte der großkapitalistischen Unternehmungen und Direktoren der Großbanken bilden den festen, zahlungsfähigen Stamm des „Gesamtliberalismus“.

Die Liberalen sehen alle politischen und sozialen Fragen unter dem kapitalistischen Gesichtswinkel. So stimmten die Freisinnigen 1893 gegen das Wuchergesetz, dem die Sozialdemokraten zustimmten, weil sie in ihm eine Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes erkannten. Gesetze, die die notwendige kapitalistische Entwicklung künstlich aufhalten wollen, lehnt auch die Sozialdemokratie ab, weil nur durch die volle Entfaltung des Kapitalismus der Weg zu einer besseren, einer sozialistischen Ordnung gewonnen werden kann. Der Liberalismus lehnt aber, wie sich bei dem Wuchergesetz zeigte, überhaupt jedes dem Kapitalismus unbecommene Gesetz ab, um der kapitalistischen Interessen selbst willen.

Dagegen trat und treten die Nationalliberalen und ein Teil des Freisinn für die Brotverteuernden ein. Sie scheine ein, weil die Großkapitalisten des ostelbischen Getreidehandels von ihnen Vorteil haben. Die Sozialpolitik wollen die Liberalen entweder durch Angriffe auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter (Sachsen! Rheinland! Westfalen!) nach rückwärts revidieren oder doch nach Möglichkeit aufhalten.

Die Liberalen waren grundsätzliche Gegner der Sozialversicherung und lassen sich auch heute noch nur im Interesse des Staates in das Wirtschaftsleben gefallen, die im Interesse des Kapitals liegen!

Sie sind als Vertreter des Kapitalismus die entschiedensten Gegner der von den Arbeitern vertretenen Idee des Sozialismus. Sie wollen keine Gesellschaft ohne Ausbeuter, weil ihre Auftraggeber selbst von der kapitalistischen Ausbeutung leben, und sie bemühen sich nach Kräften, die sozialistischen Gedanken als lächerlich und unausführbar hinzustellen. So vertrat Eugen Richter noch die Auffassung, daß die Personenbeförderung durch Eisenbahnen eine für den Staat unlösliche, dem Großkapital vorbehaltene Aufgabe sei.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Liberalen gezwungen, einen Teil ihrer Ansichten, der sich als gänzlich überlebt erwies, preiszugeben. Sie sind nicht mehr offene Anhänger der Mangeltheorie, die sich von dem freien Spiel der Kräfte ein Himmelreich auf Erden verspricht. Sie sind aber und bleiben Vertreter des Kapitals.

### Zum Reichstagswahlkampf im Lübschen Landgebiet

Am letzten Sonntag nachmittag tagte eine Versammlung einberufen von den vereinigten bürgerlichen Parteien, in Reckelschen Lokale in Niendorf im Lübschen. Herr Klein stellte sich auch dort seinen Wählern vor, oder besser gesagt den Wählern für unseren Genossen Theodor Schwarz, den die stark besuchte Versammlung gab durch ihre Zwischenrufe eine starke Abneigung gegen Herrn Klein und seine bekannten Ausführungen kund. In der Diskussion sprach Genosse Kadon. Er ging zunächst auf die Brauchbarkeit der Gesetze, die der letzte Reichstag geschaffen, ein und übte u. a. eine scharfe Kritik an Sprachparagrafen des Reichsvereinsgesetzes usw. Auch die Finanzreform mit ihrer großen Belastung der Schulter der arbeitenden Bevölkerung wurde gebührend gewürdigt. Die großen Rüstungen zu Wasser und zu Lande wurden scharf kritisiert. Redner ging dann zur Arbeiterfrage und den Gewerkschaften über und betonte auch die Mahnung Kleins, die Arbeiter sollten sich nicht der Sozialdemokratie zuwenden, daß es notwendig wäre, daß die Arbeiter sich auch auf politischem Gebiete betätigen, damit sie auch die Gesetzgebung für sich ausnützen könnten. Die sozialdemokratische Partei wäre aber die einzige Partei, die ein Herz für die Arbeiter durch die Tat beweisen habe. Weiter sprach in der Diskussion Genosse Steen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse von früher und heute, was auch eine Erwiderung der Ausführungen bedeutete. Genosse Haut äußerte sich dann über einige Punkte des Zolltarifs. Die bürgerlichen Blätter tun in ihren „Berichten“ so, als ob Genosse Haut die Ausführungen gemacht hätte, die Freisinnige Partei hätte 1902 geschlossen für den Zolltarif gestimmt. Das bezieht jedoch auf einen Mißverständnis. Haut hob nur hervor, daß die Freisinnigen nicht energisch genug dagegen gekämpft hätten. Der Verlauf der Versammlung dürfte jedenfalls dem Mißverständnis und seinem Kandidaten gezeigt haben, daß für ihn auch in Niendorf nichts zu holen ist. Darum das Gemimmel über den Ton, der in der Versammlung von den Sozialdemokraten angeschlagen worden sei.

Der Alterweltserl. In einem Durchfall scheint Franz Behrens nicht genug zu haben. Nun hat er sich auch noch im größten Wahlkreis des Reichs, Teikow-Weeslow-Charlottenburg, der wiederum den Genossen Zubeil in den Reichstag entsenden wird, als Zählerkandidat aufstellen lassen.

h. Der Eintensisch und seine Vorfahren. Museums-vorträge. Herr Prof. Dr. Lenz beschäftigte sich in seinem letzten Vortrage noch weiter mit den Eintensischen. Der Eintensisch stammt aus altem Geschlecht und hat in einer viel größeren Zahl zu einer Zeit, wo es Menschen überhaupt noch nicht gab, gelebt. Von einzelnen dieser Gruppen, die zu hunderten von verschiedenen Arten und in allen Größen lebten, sind nur noch spärliche Überreste verblieben, und auch diese werden im Laufe der Zeit verschwinden. Nun handelte der Vortragende die Eintensischen, die eine Schale haben. Diese gibt es nur noch sehr selten. Unter den jesi-

lebenden Tintenfische haben nur zwei Arten, das Papier- und Schiffsboot, eine Schale. Die Schale des Schiffsbootes besteht zunächst einen Raum, worin das Tier liegt. Hinter diesem Raume befinden sich durch gebogene Scheidewände abgetheilte Kammern, welche mit Luft gefüllt sind. Das Tier ist nur durch einen ganz dünnen Schlauch, der sämtliche Scheidewände durchbricht und bis zur hintersten Kammer reicht, befehligt. Wenn das Tier abgestorben ist, dann fällt der Schlauch durch, das Tier fällt heraus und die Schale kommt an die Oberfläche. Daher findet man die Schiffsboote mit dem Tiere sehr selten. Die Luftkammern erzeugen ein ganz besonderes Interesse. Sie haben große Ähnlichkeit mit Versteinerungen, die man sehr häufig im Harze, in Thuringen und in anderen Orten findet. Sie werden Kammern genannt. Wenn man diese abschleift, so findet man, daß sie im Innern außerordentlich viel Ähnlichkeit mit dem Schiffsboot haben. Man erblickt aufgerollte Kammern, welche durch gebogene Scheidewände getrennt sind. Dann gibt es welche, die ganz gerade Scheidewände besitzen. Man findet sie bei uns sehr häufig in den grauen Platten, die früher als Grabsteine, z. B. auf dem Marienkirchhofe dienten und zur Pfästung von Hausdächern benutzt wurden. Dieses sind die überreste von Tintenfischen aus der ättesten Zeit. Überall findet man solche Gebilde vor. In China in roten oder rothbraunen Platten. Eine weitere Versteinerung, die an das Schiffsboot erinnert, ist die sog. Donnerkeile. Früher glaubte man, daß diese beim Blitze heruntergefahren sind und Menschen erschlagen haben. Dem ist aber nicht so, denn die Donnerkeile sind versteinerte Überreste von Tintenfischen. Der Vortragende versuchte dieses nachzuweisen und stellte dar, wie ein solcher Tintenfisch wohl ausgesehen haben mag. Hiermit beschloß Prof. Dr. Venz seine Betrachtungen mit dem Bemerkung, nachgewiesen zu haben, daß die Tintenfische einem sehr alten Geschlechte entstammen, das vor urdenklicher Zeit in seiner Blüte gestanden hatte. Jetzt ist es in seinem letzten Stadium begriffen, nämlich im Aussterbeact, der früher oder später seinen Abschluß erreichen wird, so daß es bereinst keine Tintenfische mehr geben wird.

**pb. Diebstahl.** Am Mittwoch, den 13. ds. Mts. sind aus einem Hause der Bachwehr-Allee ein Paar Kinderstiefel gestohlen worden. Der Verdacht lenkt sich auf einen Knaben, der im Hause mit Postkarten gehandelt hat. — Aus der Bodenkammer eines Hauses der Schwartauer Allee sind am 15. oder 18. ds. Mts. 2 Hosen abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden.

**pb. Schwindler.** Am 18. ds. Mts. nachmittags ist es einem Betrüger in 2 Fällen gelungen, hiesigen Knaben 8 bzw. 24 Mk. abzuswindeln. Er trat an die Knaben heran und fragte sie, ob sie vielleicht 1 Mk. verloren hätten. Dadurch versetzte der Mann dieselben in den Glauben, daß er 1 Mk. gefunden hatte, die sie vielleicht verloren hätten, weshalb sie ihr Geld hervorholten, um es nachzuzählen. Der Schwindler ließ sich das Geld von den Knaben einhändigen, um es auch nachzuzählen und ging mit dem Gelde davon. Der Unbekannte trug Holzschuhe, graues Jackett und graue Mütze.

**pb. Ein Fuhrwerk gestohlen.** Das hiesige Polizeiamt teilt mit: Am 4. d. Mts. ist in Hamburg am Valentinskamp ein grün gestrichener Kastenwagen, bespannt mit einer etwa 12 bis 14 Jahre alten Fuchsstute ohne Abzeichen abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden. Der Wagen, dessen Räder und Ranten mit roten Strichen abgesetzt sind, war mit der Erkennungsnummer 5008 versehen. Der Geschädigte hat für Ermittlung des Fuhrwerkes eine größere Belohnung ausgesetzt.

**Reines Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen die Operette „Das Musikantenmädchen“ von Harno zur Aufführung. — Am Donnerstag, ausnahmsweise abends 7 Uhr, erscheint zum ersten Male die Opern-Novität „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauß auf dem Spielplan. Das Werk hatte einen Welt-Erfolg. Für Strauß ein Fortschritt von größter Tragweite, für den Dichter Hofmannsthal eine Verflüchtigung seiner reifen Reife in die Welt der Liebesoper, der „Maria-Theresia-Zeit“. — In Vorbereitung für den 2. Weihnachtst-Feiertag befindet sich die Opern-Novität „Der Rodelzigeuner“ von Leon Kasper, Musik von Josef Snage.

**Süfel.** Eine Wählerversammlung, von seiten der Fortschrittlichen Volkspartei einberufen, fand hier am Sonnabend abend in Palfpads Gasthof statt. Ob die Partei Angst gehabt hat, daß die Versammlung überfüllt würde von Wählern, oder ob Herr Althorn eine Diskussion haben vermeiden wollen, denn es wurden erst ein paar Stunden vorher Zettel ausgetragen, daß die Versammlung stattfinden sollte. Es waren denn auch ganze 26 Mann erschienen, wovon noch drei Mann der Arbeiterklasse angehörten. In seinem Referat hob Althorn dann seine große Arbeit hervor, die er in den 20 Jahren seiner Thätigkeit als Parlamentarier geleistet hätte; er sei stets für den kleinen Bauern und Handwerker eingetreten. Das mußte er ja auch sagen, weil das seine Zuhörer waren. Nur die Sozialdemokraten bekämpfte der Mann vom Kopfe bis zur Sohle. Trotz all seiner Lobreden, womit er die Anwesenden überschüttete, wurde ihm wenig Beifall entgegengebracht.

**Gutin.** Wählerversammlung. Am Sonntag hatte das hiesige liberale Wahlbureau eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Reichstagskandidat Althorn-Osternburg sein Programm entwickelte. Wie vor 5 Jahren so auch jetzt pries Althorn sich selbst die Reichsversicherungsordnung, das Zustandekommen der Finanzreform usw. Althorn ist Freund des Nationalliberalismus, ist für Militär und Marine etc., mit einem Wort für alle Volkslasten. Er malte den Zukunftsstaat phantastisch an die Wand, sprach von dem Terrorismus der Arbeiter, sozialdemokratischen Mordtaten, und anderen Unsinne mehr. In der Diskussion verstand es der Genosse Worchert in fast einleitender Rede den Herrn Althorn mit dem ganzen Liberalismus so darzustellen, wie er in Wirklichkeit ist. In sehr klarer Weise schilderte Redner die Missetaten der Liberalen, gab Althorn betreffs des Zukunftsstaates eine derbe Belohnung, sprach sich gegen das völkerverderbende Wetztrüben aus, schilderte die Einrichtungen, welche sich die Arbeiterklasse durch ihre Organisationen geschaffen habe, sowie das Konsumvereinswesen, das von Herrn Althorn als sozialdemokratische Einrichtung hingestellt worden war. Ferner ging unser Genosse auch auf den Schluß der Berliner Versammlung ein, wo man versuchte, dem Genossen Schlämer-Lübeck falsche Anschuldigungen zu machen. Genosse Gloc-Meudorf sprach dann ebenfalls in der Diskussion, am dem Liberalismus seine Sünden vorzuhalten. Das Schlußwort Althorns klang sehr matt aus. Die Ausführungen unserer Genossen wurden mit tosendem Beifall aufgenommen.

**Schönberg.** Von Hunden zerfleischt. Auf einer Weidekoppel in Kl.-Siemz, wo erst jüngst von Hunden 24 Schafe zerfleischt wurden, sind kürzlich nachts wieder neun Tiere von Hunden zerrissen worden. Mutmaßlich sind es immer dieselben Hunde, die diese Verwüstungen anrichten.

**Hamburg.** Neue Differenzen in der Hamburger Mälzerei. Der mit der Mälzerei-Aktien-Gesellschaft

in Hamburg geschlossene Friede scheint nicht von langer Dauer sein zu sollen. Kaum sind die Vereinbarungen getroffen, so werden sie von der Firma auch schon durchbrochen. Es wurde vereinbart, daß die Streikenden in ihre alten Rechte wieder eintreten und daß bei eventl. Arbeitsmangel die zuletzt Eingestellten, in diesem Falle die Arbeitswilligen, zuerst entlassen werden sollten. Die Firma umgeht nun aber diese Abmachungen. Die Betriebsleitung nimmt die Verhandlungsglieder von ihren festen Posten weg und stellt sie dahin, wo mit Bestimmtheit bald Arbeitsmangel eintritt und entläßt sie dann wegen Arbeitsmangel. Auch werden die früheren Streikenden von einem „Arbeitswilligen“, der nach seinen eigenen Angaben hierin im Auftrage des Malzmeisters Hunger handelt, in unerhörter Weise belästigt und beleidigt. Die Betriebsleitung, die durch die Organisation der getroffenen Abmachungen hingewiesen wurde, tut nichts, um diese Differenzen zu verhindern oder aus der Welt zu schaffen. Nach dem Vorgehen und dem Verhalten der Betriebsleitung steht ein erneuter Konflikt wieder in naher Aussicht.

**Hamburg.** Ein Todesfall in der Kaserne unter verdächtigen Umständen. Der Unteroffizier der Reserve Geiting vom Landwehrbezirk II in Hamburg hatte sich vor dem Kriegsgericht der 17. Division in Hamburg gegen eine sehr schwere Anklage zu verantworten. Er war im Jahre 1909 Gefreiter bei der 3. Schwadron des Garde-Mann-Regiments Nr. 4. Am 20. September 1909 war der Rusar Bussan in nächster Verfassung zu Bett gegangen, nachts hörten die Stubenkameraden einen dumpfen Fall und am andern Morgen fanden sie B. tot auf dem Fußboden liegen. Er war aus dem oberen Bett herabgefallen. Der Körper des Verstorbenen zeigte zwar sehr viele blaue Flecke und Striemen, aber die Untersuchung ergab keinen Anlaß, wegen des Todes auf jemand einen Verdacht zu richten. Das Verfahren wurde zunächst eingestellt. Auf Betreiben des Vaters des Verstorbenen, der die Witwe seines Sohnes, worin dieser über furchtbare Mißhandlungen und Quälereien klagte, zur Verfügung stellte, wurde die Untersuchung wieder aufgenommen. Das Ergebnis war die Anklage gegen Geiting. Ihm wird zur Last gelegt, den Verstorbenen in mindestens 30 Fällen, davon mindestens zwanzigmal mit der Faust ins Gesicht geschlagen zu haben, mindestens zehnmal mit der Klopfpfeife, wenn der Verstorbene nur mit dem Hemd bekleidet war, verprügelt zu haben, mindestens zweimal den B. mit einem Deckengurt Schläge über den Kopf versetzt, auch mehrfach die Schuppenketten übermäßig fest angezogen, weiter den B. häufig nachts aus dem Bette hervorgeholt und ihn zum Vorzeigen seiner Sachen veranlaßt zu haben. Schließlich soll B. durch den Angeklagten in mindestens zehn Fällen dazu bestimmt worden sein, drei bis vier Tage länger, als ihm zukam, Stubendienst zu machen. Der Angeklagte gab seine Vergehen im allgemeinen zu und bestritt nur die Anzahl. Außerdem behauptete er, daß er den B., da er damals noch Gefreiter war, nur als Kamerad und nicht als Vorgesetzter mißhandelt habe. (1) Wegen der einfachen Mißhandlungen kann, da B. keinen Strafantrag gestellt hat, keine Verurteilung erfolgen. Der Befund der Leiche hat keine ausreichende Erklärung für die Todesursache gegeben. Es wird angenommen, daß B. beim Fallen aus dem Bette auf einen Schemel aufgeschlagen ist und dabei eine tödliche Verletzung des Gangliensystems erlitten habe. Zu der Verhandlung waren nur Vater und Mutter des Verstorbenen persönlich erschienen. Die andern Zeugen waren kommissarisch vernommen worden. Das Gericht kam aber zu der Überzeugung, daß es auf die persönliche Vernehmung dieser vielen Zeugen, die weit verstreut sind, nicht verzichten könne. Die Verhandlung wurde deshalb auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Das Wahlbureau

### der sozialdemokratischen Partei

### für den Wahlkreis Lübeck

Johannisstraße 50, Telephon 225,

ist werktäglich ununterbrochen von 8 Uhr

morgens bis 10 Uhr abends geöffnet.

Sonn- und Feiertags

vormittags von 9 bis 1 Uhr.

**Wandsbek.** Eine Liebestragödie hat sich hier Sonntag abend zugetragen. Ein im Hause Nr. 58 der 2. Schulgasse wohnender Zimmermann hörte im Zimmer seines Einlogierers, des Zollpraktikanten Karl Johann Timm, geboren am 18. November 1887 in Wedel, einen Schuß fallen. Er drang in das Zimmer ein, sah am Fußboden eine weibliche Person liegen und wurde Zeuge, wie in demselben Augenblick der Zollpraktikant sich in gebückter Stellung aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf jagte. Der Vermietter benachrichtigte zunächst einen Arzt und dann die Polizei. Der Arzt stellte fest, daß das Mädchen tot sei und daß Timm zwar noch lebe, aber vernehmungsunfähig sei. Nach etwa einer Stunde starb auch Timm. Anscheinend hat er erst das Mädchen und dann sich selbst erschossen. Das Mädchen scheint mit seinem Vorhaben einverstanden gewesen zu sein. Die Kugel war ihm ins Herz gedrungen und hatte den sofortigen Tod herbeigeführt, ohne den geringsten Blutverlust nach außen zuzulassen. Die Verstorbene, die erst in den späten Nachmittagsstunden ihren Mörder in seiner Wohnung aufgesucht hatte, hatte eine Handtasche bei sich, in der einige Bittentarten mit dem Namen Hertha Sträß, Hamburg, Bismarckstraße 29 I., lagen. Es scheint, daß es sich um das Ende eines Liebesdramas handelt.

**Reudersburg.** Der Streik auf der „Carlschütte“. Von einer dritten, gänzlich unbeteiligten Seite ist eine Vermittlung versucht worden. Daraufhin fand am 16. Dezbr. eine Verhandlung zwischen einer Kommission der ausständigen Arbeiter und der Direktion der „Carlschütte“ statt. Ein Vertreter der Organisation wurde nicht zugelassen. Ein Ergebnis hatte diese Verhandlung nicht, da die „Carlschütte“ sich auf nichts einließ, sondern nur aufs neue ihren Herrenstandpunkt hervorkehrte. Zwar hätte sie gern ihre alten Arbeiter wieder, doch will sie Auslese halten. Ihre Werkwohnungen bleiben den „Gelben“ reserviert und wer von den Ausständigen, die jetzt in elenden Löchern hausen müssen, nach Beendigung des Streiks eine von den vielen, jetzt leerstehenden Wohnungen haben will, muß vorher „gelb“ werden. Auf alle sonstigen, von der Verhandlungskommission angeregten Fragen hatte die Direktion nur ein starres „Nein“.

Unter diesen Umständen beschloß eine Versammlung der Streikenden am 17. d. Mts. einstimmig, den Streik fortzusetzen. Das Resultat der Versammlung ist der Direktion mitgeteilt. Ob weitere Verhandlungen, zu denen die Arbeiter bereit sind stattfinden werden, ist bei der, jeder modernen Anschauung unzugänglichen Direktion der „Carlschütte“ sehr zweifelhaft. Zugung von Arbeitern ist deshalb nach wie vor streng fernzuhalten.

**Wilhelmshaven.** Ein Schuhmann als Einbrecher. Der frühere Schuhmann Jaencke ist gestern von der Strafkammer zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust wegen Einbruchdiebstahls in vier Fällen verurteilt worden.

**Wilhelmshaven.** Auf der Suche nach dem geflüchteten Schuhmann und Spion Glaus aus Wilhelmshaven kam in Leer (Ostfriesland) an den Unrechten. Die Polizei verhaftete zu nächstlicher Stunde einen Mann, der ihr verdächtig war, trotzdem er eine Legitimationskarte auf den Namen eines Polizeiwachmeisters aus Wilhelmshaven bei sich führte. Eben aus diesem Umstande schloß man, den gesuchten Glaus zu haben, da man die Karte für gefälscht hielt, da der Verhaftete eine Browningpistole und einen Dietrich bei sich führte. Meldungen in Wilhelmshaven von der Verhaftung führten aber zu einem überraschenden Ergebnis. Der Verhaftete war in der Tat Polizeiwachmeister und — selbst ausgefandt, Glaus zu suchen.

**Bremerhaven.** Schiffsuntergang. Der hiesige Fischdampfer „Emden“ ist bei Island untergegangen. Die Mannschaft wurde gerettet. — Auf dem Bahnhof Bremerwerde stieß gestern vormittag ein Güterzug mit einem Rangierzug zusammen. Hierzehn Wagen des Güterzuges wurden teils zertrümmert, teils schwer beschädigt. Das Zugpersonal konnte sich durch Abspringen retten.

## Oldenburger Landtag.

h. Die 4. Plenarsitzung am Montag gestaltete sich bei der Beratung des Etats für das Herzogtum für 1912 interessant durch die Hinweise der sozialdemokratischen Redner auf die Zusammenhänge der schlechten Finanzlage der Einzelstaaten mit der heutigen Reichspolitik. Die Finanzlage des Herzogtums ist eine äußerst ungünstige zu nennen. Ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben war nur dadurch möglich, daß von der Regierung die Erträgnisse aus der Eisenbahn statt mit 500 000 Mk. mit 1 Million Mark eingestell wurden. Der Finanzanschauung glaubte, so hohe Summen aus den Erträgnissen der Eisenbahn nicht für den allgemeinen Etat verwenden zu können und stellte nur 700 000 Mk. ein, streich dann 90 000 Mk. Schuldentilgung und erhöhte die zu erwartenden Steuererträgnisse um die am Ausgleich zwischen Ein- und Ausgabe fehlende Summe. Da nicht zu erwarten ist, daß die Ausgaben sinken, vielmehr durch die Gehalts- und Lohnerhöhungen, durch bevorstehende Ausgaben für die Regelung des Fortbildungsschulwesens etc. ein Steigen der Ausgaben eintreten muß, kritiken sich die bürgerlichen Redner um die Frage, ob durch Zuschläge zu den Einkommensteuern eine größere Einnahme zu erzielen sei, oder ob man verbende Anlage auf Anleihen in größerem Maße als bisher machen solle. Die sozialdemokratischen Redner Heitmann und Schulz wiesen darauf hin, daß es vor allem gelte, im Reich eine sparsamere Wirtschaftsweise einzuführen, was durchgreifend aber nur möglich ist durch eine Abkehr von der heute so beliebten Rüstungspolitik. Die Beiträge Oldenburgs wie aller Bundesstaaten in Form der Matritularbeiträge an das Reich seien diesmal wieder ganz erheblich gestiegen. Trotz der Überweisungen vom Reich an die Einzelstaaten aus den Erträgnissen der Branntweinsteuer usw. hätte Oldenburg noch 390 000 Mk. zuzuzahlen. Die Reichsfinanzreform habe der breiten Volksmasse eine erhebliche Belastung gebracht; trotz der Mehreinnahmen hieraus ständen sich die Reichsfinanzen durchaus nicht günstig und da bereits eine neue Flottenvorlage in naher Aussicht stehe, werde die Finanzlage des Reiches noch ungünstiger werden. Dazu kommt die Belastung des Volkes durch die verkehrte Wirtschaftspolitik, sodas wir alle Veranlassung haben, von der Regierung zu verlangen, im Bundesrat auf eine Abkehr von der Rüstungs- und der verkehrten Wirtschaftspolitik zu dringen. Nur wenn das geschehe, könnten die Finanzen der kleinen Bundesstaaten sich wieder bessern. Die sozialdemokratischen Redner wandten sich dann gegen die geplanten Zuschläge zur Einkommensteuer, wenn diese auch die kleinen Einkommen treffen sollen. Der Finanzminister suchte die Ausführungen unserer Genossen damit abzutun, daß er meinte, wenn die Einzelstaaten warten sollten auf eine Besserung der Reichsfinanzen durch Abkehr von der Rüstungspolitik, die Einzelstaaten längt bankrott seien. Damit hat der Finanzminister die Situation noch verschlechtert. Nach längerer Diskussion wird dann in die Einzelberatung des Etats eingetreten, wobei Abg. Meyer (SD.) für eine Entlastung der unteren Steuerstufen bei der Einkommensteuer eintrat und gegen die bestehende steuerliche Ausnahmestellung der Konsumvereine sich wandte, die diese stärker belastet als andere Genossenschaften. Die bürgerlichen Redner brachten die vielen kleinen Wünsche zur Sprache, die bei der Statsberatung anzubringen sind.

## Theater und Musik.

**Im Neuen Stadttheater** ging gestern abend Mollières Lustspiel „Amphitryon“ erstmalig in Szene. Das amüsante Werk handelt von einem Liebesabenteuer Jupiters mit Alkmene, der Gattin Amphitryons. Die Komödie der Irrungen und Wirrungen enthält eine Fülle höchst ergötzlicher Situationen und ist mit unwiderstehlichem Humor gewürzt. Die Bearbeitung des Lustspiels durch Rumpf ist auf einen derben satirischen Ton gestimmt und paßt sich der modernen Sprechweise an. Die Komödie hat dadurch gewissermaßen einen realistischen Anstrich bekommen. Geipielt wurde von den Herren Heydecker (Sofias), Brunow (Amphitryon), Schweisguth (Merkur) sowie den Damen Butke (Alkmene) und Gerlach recht gut; namentlich Heydeckers Komik wirkte zwerchfellerstüttend. Der Vertreter des Jupiters beherrschte seine Rolle nicht ganz, was zu peinlichen Pausen führte. Das zahlreiche Publikum nahm die Vorstellung sehr beifällig auf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.  
Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.

# Ein Weihnachtsgeschenk

erhält jeder, der in der Zeit bis Weihnachten in unseren Filialen für mindestens 1 Mk. Waren einkauft. — Kaffee unter 1,40 Mk. das Pfund und Zucker ausgenommen.

Wir empfehlen besonderer Beachtung die reichhaltige Weihnachtsausstellung

**in Schokolade, Marzipan, Backwaren** und dergl.

aus Eigenen Kakao-Werken, Eigener Schokoladefabrik u. Biskuit-Bäckerei.

**Fest-Kaffee in Geschenk-Packungen.**

**Kaiser's Kaffee-Geschäft, G. m. b. H.**

Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.  
Ueber 1000 Filialen.

## Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste:

**Braune Kuchen  
: Topfkuchen :**

sowie

**braune u. weisse Pfeffernüsse  
in bekannter Qualität.**

Unsere Niederlagen halten hiervon stets Lager, auch nehmen dieselben schon jetzt Bestellungen zum Feste entgegen.

Gleichzeitig empfehlen unser nur aus bestem Roggen- u. Weizenmehl hergestelltes

**Grob- und Feinbrot**

sowie alle sonstigen Backwaren.

Der Vorstand.

**1 1/2 Millionen**

Original

**Frister & Rossmann  
Nähmaschinen**

sind im Gebrauch und beweisen täglich aufs neue die un-  
übertreffene Leistungsfähigkeit dieses deutschen Fabrikats.

Nur zu beziehen durch die Fabrik-Niederlage von

**Gustav Kath**

Sandstrasse 14, im Flügel.

Lieferung aller Systeme für Haus und Gewerbe  
gegen bequeme Teilzahlung.



Kostenloser  
Unterricht  
im Nähen,  
Stopfen  
Stricken

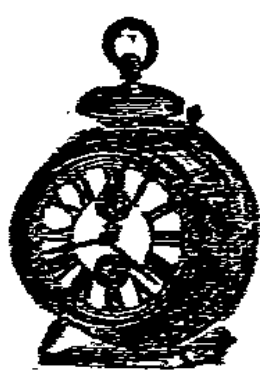
**Der Neue-Welt-Kalender**

für 1912 ist erschienen.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**,

Johannisstraße 46.



**Heinr. Schultz**

Uhrm. u. Goldarb.,  
ob. Johannisstr. 20.  
Uhren, Ketten,  
Gold- u. Silberwar.  
goldene Frauringe  
Rathenower  
Brillen.  
Eigene Werkstatt.

**Konsumverein für Lübeck u. Umgegend**

e. G. m. b. H.

## Zum Weihnachtsfeste

empfehlen wir unsern Mitgliedern alle notwendigen Artikel,  
wie:

Datteln pro Pfd. 32 Pfg., Feigen pro Pfd. 30 Pfg.,  
Walnüsse pro Pfd. 44 Pfg., Haselnüsse pro Pfg. 42 Pfg.,  
Apfelsinen pro Stück 5 Pfg., Marzipan-Artikel in den  
verschiedensten Preislagen, Stuten und Semmel,  
Marzipan-Bröte.

Zum Ausschmücken des Weihnachtsbaumes empfehlen  
wir ganz besonders billig:

Tannenbauspitzen, Glaskugeln, einzeln und in Sor-  
timenten, Ketten, Engelshaar, Lametta, Konfekthalter,  
Lichthalter, Wunderkerzen, Tannenbaumlichte, alles  
in großer Auswahl und wundervoller Ausführung.  
Ferner Schokolade- und Fondant-Konfekt, Tannen-  
baum-Kakes.

Für die Kuchenbäckerei empfehlen:

Weizenmehl in prima Qualität pro Pfd. 16 u. 18 Pfg.,  
Kuchensirup, besten Lübecker, pro Pfd. 30 Pfg.,  
Sukkade pro Pfd. 68 Pfg., Orangeat pro Pfd. 60 Pfg.,  
Rosinen pro Pfd. 80 Pfg., Korinthen pro Pfd. 40 Pfg.,  
sowie alle Gewürze und sonstige Zutaten.

Der besonderen Beachtung empfehlen wir:

== **Alkoholfreie Punschextrakte** ==

Glühpunsch..... per Flasche inkl. Glas 85 Pfg.  
Schlummerpunsch ... " " " " 95 "

**Zigarren in besonderen Weihnachtspackungen.**

## Petroleum.

Wegen mehrfacher Erhöhung der Einkaufspreise sehen  
wir uns genötigt unseren Verkaufspreis auf 19 Pfennig  
pro Liter zu erhöhen.

Vereinigung der Petroleum-Kannenhändler.

**Beerdigungsinstitut G<sup>eb</sup>r. Müter**

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

**Uebernahme ganzer Beerdigungen.**

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

## Die Ursachen der heutigen Teuerung

werden verschieden erklärt. Sicher ist, dass die  
sparsame Hausfrau sich heute möglichst ein-  
richten muss. Statt der teuren Butter wählen  
sie unsere erstklassigen Margarine-Spezialitäten

**„Unser Ruhm“**

und **„Rowitt“**

oder unsere feinste Pflanzenbutter-Margarine

**„Herba“**

Sämtliche Marken verbürgen feinste Qualität,  
sind nach eigenem Verfahren aus nur besten  
Rohstoffen hergestellt und infolge ihres lieb-  
lichen Geschmacks und ihrer Bekömmlichkeit  
von bester **Meiereibutter**

kaum zu unterscheiden, im Gebrauch aber  
wesentlich **billiger.**

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:

Rositzky & Witt, G. m. b. H., Altona-Ottensen.

## Franz Behrens wieder ertappt!

Aus dem Wahlkreis Wehlar-Altenkirchen, den Herr Behrens bisher in „christlicher“ Volksfeindschaft „vertrat“, wird uns geschrieben:

Mit dem Mute eines Critikenden kämpft Franz Behrens um sein Reichstagsmandat. Seine Position ist außerordentlich bedroht. Die Konservativen sind darum dem mandatshungrigen Herrn Behrens entgegengekommen und haben ihren Kandidaten, Herrn von Fickel, aus „Gesundheitsrückichten“ zurücktreten lassen. Dadurch hat sich die Position des Herrn Behrens einigermassen gehoben. Es stehen sich nunmehr noch 4 Parteien gegenüber. Für unsere Partei kandidiert Genosse Kremier-Frankfurt a. M., für die Freisinnige Volkspartei Herr Professor Dr. Schloßmann-Düsseldorf, für die Nationalliberalen Herr Legationsrat von Rath-Berlin, für die Christlich-Sozialen, Antisemiten, Zentrum und Konservativen der „Arbeitersekretär“ Behrens. Ein Wunderkind, dieser „Arbeitersekretär!“ Auf seinen Agitationsreisen durch den Wahlkreis ist Herr Behrens Chamäleon in allen Farben. Redet er vor Industriearbeitern — Berg- und Hüttenarbeiter sind in dem Kreise viel vertreten — dann bildet die Reichsverordnungsordnung seinen Agitationsstoff. Was er bei der Beratung der R.-V.-D. nicht alles geleistet hat, wie er an den anderen Parteien — zuweilen gebraucht er auch das Wort „Scharfmacher“ — gebohrt hat, um im Interesse der Arbeiter, die er vertritt, das menschenmöglichste herauszuschlagen! Nichts hat er unversucht gelassen, aber — nun, es war eben nicht mehr zu erreichen, wie erreicht wurde. „Der Reichstag ist nur die eine Hälfte der Regierung. Die Regierung und die Scharfmacher setzen allen meinen Forderungen ein krasses Nein entgegen.“ So Herr Behrens vor Industriearbeitern. Natürlich kommt er dort, wo Diskussionsredner unserer Partei sind, und Diskussion gewährt wird, mit seinen Argumenten ins Gedränge. Das ist ihm dann unangenehm. So meinte er schon dem Genossen Löffler-Vodum, der in diesem Wahlkreise auf Agitationstour ist, gegenüber: „Er könnte doch als geschickter Agitator im Ruhrrevier, im Kreise seines Freundes Hue, viel besser und erfolgreicher wirken, wie im Wahlkreise Wehlar-Altenkirchen.“ Allerdings ist der Schmerz des Herrn Behrens verständlich. Es ist unangenehm, wenn er im Wahlkreise als das gezeigt wird, was er ist, als Arbeiter-„treter“. Die Frage der Finanzreform versucht er möglichst zu verschweigen. Ärgerlich wird er, wenn er in der Diskussion auf das Gebiet gezogen wird. Redet Herr Behrens aber vor Bauern, dann ruft er pathetisch aus: „Ich bin und bleibe Schutzpflanzler!“ Kurzum, Herr Behrens verspricht alles zu sein. An wen mag wohl der Freund des Herrn Behrens, Herr Giesberts, gedacht haben, als er in einer Versammlung am 26. November in Essen, nach der „Essener Volkszeitung“ vom 29. November, ausrief: „Ein Mann, der als Abgeordneter alles zu sein verspricht, ist ein politischer Gauner!“

Vielleicht kann Herr Behrens Auskunft geben. Mit der Wahrheit hat Herr Behrens schon häufig auf dem Kriegsfuß gestanden. Bei der jetzigen Wahlagitacion aber hat Herr Behrens eine Unwahrhaftigkeit gezeigt, die so ziemlich alle Grenzen übersteigt. Am 3. Dezember hat der Kandidat der Volkspartei, Herr Professor Dr. Schloßmann, in einer Versammlung die Tatsache erwähnt, daß der Arbeiterver-„treter“ Behrens am 19. Februar 1909 gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter gestimmt habe. Darauf hat Herr Behrens in dem „Wehlarer Anzeiger“ vom 8. Dezember 1911 eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er behauptet, daß weder am 19. Februar 1909, noch an einem anderen Tage während seiner Reichstagsstätigkeit über das Koalitionsrecht der Landarbeiter abgestimmt worden sei, er mithin gar keine Gelegenheit gehabt habe, seine Stimme für oder gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter abzugeben. In einem längeren Eingeladten im „Wehlarer Anzeiger“ vom 14. Dezember d. J. geht Herr Prof. Dr. Schloßmann dem „Wahrheitsfreund“ Franz Behrens scharf zu Leibe. Er stellt zunächst fest, daß am 19. Februar 1909, in der 211. Sitzung des Reichstages über einen Antrag Albrecht (S.D.) und Genossen beraten und beschlossen wurde, der forderte:

„Aufhebung aller sondergegesetzlichen Vorschriften, welche Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter enthalten, nach denen Verabredungen oder Vereinigungen zum Behuf der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen oder Aufforderungen zu solchen Verabredungen unter Strafe gestellt werden.“

Das Zentrum beantragte, diesen Antrag an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Gegen diesen Antrag und gegen die Überweisung an eine Kommission hat Herr Behrens gestimmt. Herr Behrens hat im Verein mit den Konservativen den Antrag zu Fall gebracht. Das ist der klare Tatbestand, wie er auch von Professor Dr. Schloßmann dargestellt wird. Nachdem Herr Professor Dr. Schloßmann fort:

„Herr Behrens muß entweder an krankhafte Selbsttäuschung leiden, oder an einem Mangel des Verantwortlichkeitsgefühls und Wahrheitsliebe, um so klaren Tatsachen gegenüber keine Abstinenz abzugeben zu wollen. Ich für meine Person werde auf weitere Auslassungen des Herrn Behrens nicht mehr antworten, da ich weder Zeit noch Lust habe, mich in öffentliche Auseinandersetzungen mit einem Manne einzulassen, der sich in dieser

Weise an der Wahrheit vorüber zu winden sucht, wie es Herr Behrens hier wieder getan hat!“

Das sind Reulenschläge für Herrn Behrens. Bessern wird er sich aber nicht. Für jeden anständigen Menschen ist dieser Herr allerdings gerichtet. Herr Prof. Dr. Schloßmann mag sich aber beruhigen. Es haben auch schon andere Herren dieselbe Erfahrung mit Herrn Behrens gemacht. Uns, die wir Herrn Behrens kennen, ist das nicht mehr verwunderlich. Wir kennen seine Neigung zur Unwahrhaftigkeit und behandeln ihn demgemäß.

## Scharfmacherverschwörung.

Da die Reaktionen und Scharfmacher aller Grade gegenwärtig zum Sturm gegen das Koalitionsrecht blasen, erscheint es nicht unangebracht, einmal auf die Methoden hinzuweisen, die diese Schreier über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe wider die organisierte Arbeiterschaft selbst anwenden. Von den Mitteln, die hier angewendet und den Wegen, die dabei eingeschlagen werden, geben u. a. die Geheimstatuten des Verbandes von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie ein anschauliches Bild. Die ausdrücklich als vertraulich bezeichneten Satzungen dieses Verbandes, die ein freundlicher Wind der „Leipziger Volkszeitung“ zutrug, fangen selbstverständlich mit dem Ciapopeia von dem „geheimlichen Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern“ an, das der Verband sich als Zweck gesetzt habe. Was darunter zu verstehen ist, sagt deutlich Paragraph 1, in dem es heißt, daß sich das gemeinsame Vorgehen der Unternehmer erstrecken soll auf:

1. Nichtaufnahme von Arbeitern, welche unberechtigt die Arbeit eingestellt haben, oder über welche von der Hauptversammlung einer Verbandsgruppe die Sperre verhängt worden ist.
2. Ablehnung von Forderungen der Arbeiter einzelner Betriebe, die Arbeitszeit einseitig unter die jetzt bei der betreffenden Gruppe (Branche) übliche herabzusetzen.
3. Ablehnung von Forderungen, welche die in den Betrieben nötige Disziplin und die Bestimmung über Aufnahme und Entlassung der Arbeiter den Arbeitgebern unmöglich machen oder erschweren würden.
4. Schutz und Unterstützung Arbeitswilliger.
5. Gewährung von Unterstützungen an Mitglieder für durch unberechtigte Arbeitseinstellungen erwachsende Verluste nach Maßgabe der Verbandsbestimmungen.
6. Einrichtung und Ausdehnung von Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber.
7. die Streikklausel nach Möglichkeit durchzuführen.

Um dies hehre Ziel, die Erringung der unbefchränkten Unternehmerschaft, zu erreichen, müssen die Scharfmacher natürlich die übrigen, und namentlich die kleinen Unternehmer fest an der Kandare haben. Deshalb bestimmen die Satzungen über die Mitgliedschaft, daß jedes Verbandsmitglied als Garantie für die Einhaltung der statistischen Bestimmungen und der Verbandsbeschlüsse einen sogenannten Ehrenschein oder — was den Machern jedenfalls noch angenehmer ist — einen Sichtwechsel ohne Datum in Höhe von zehn Mark für jeden beschäftigten Arbeiter hinterlegt; das Datum des Wechsels auszufüllen ist der Vorstand berechtigt, sobald ein Mitglied nicht Ordre pariert. Dabei hat nach § 4 jedes Mitglied sich „den Beschlüssen der Hauptversammlung widerspruchlos zu unterwerfen“, und bei seinem Ausscheiden aus dem Verbandsverbande hat es keinerlei Anspruch auf das Verbandsvermögen. Weiter aber müssen sich die Mitglieder jeder Selbstständigkeit gegenüber ihren Arbeitern begeben; der „Herr im Hause“ wird der Scharfmacherverband. § 8 der Satzungen bestimmt dies in allen Einzelheiten und sagt zum Schluß:

„Ein in Arbeiterschwierigkeiten verwickeltes Mitglied ist berechtigt, an den betreffenden Verhandlungen des Vorstandes und des Streikausschusses teilzunehmen. Die Beschlüßfassung findet in seiner Abwesenheit statt.“

Im Falle von Arbeitsstreitigkeiten setzt der Vorstand einen sogenannten Streikausschuß (§ 9) ein, der nun das Regiment im Hause des Unternehmers antritt. Weigert sich dann ein also seiner Würde als „Herr im Hause“ entsetztes Verbandsmitglied, den Anordnungen des Vorstandes bzw. des Streikausschusses Folge zu leisten, „so verzichtet es damit auf den Schutz des Verbandes und die eventuell zu gewährende Unterstützung.“ Außerdem aber kann auch der Ausschluß aus dem Verbandsverbande eingeleitet werden. Auf die „eventuell zu gewährende Unterstützung“ haben die Mitglieder keinen Rechtsanspruch, vielmehr entscheidet über die Gewährung der Vorstand „nach billigem Ermessen“ und nach den „vorhandenen Mitteln“.

Diesen nur in ihren allerwesentlichsten Teilen wiedergegebenen Satzungen schließen sich würdig sogenannte Verhaltensvorschriften für die Mitglieder an. Vor allem wird der schon tote „Herr im Hause“ noch einmal totgeschlagen, ein Beweis dafür, welches großes Gewicht die Scharfmacher auf die unbedingte Herrschaft des ja wieder von ihnen beherrschten Verbandes legen. Die Verhaltensvorschriften bestimmen darüber noch im einzelnen u. a.:

„Ohne eingeholte Zustimmung des Verbandes bzw. des Streikausschusses sind keine wie immer geartete Zugeständnisse an die Streikenden zu machen.“

Sämtliche Verbandsmitglieder sind verpflichtet, die während eines Streiks von dem Vorliegenden bzw. Streikausschuß getroffenen Anordnungen, soweit sie diesen angehen, zu befolgen, besonders wenn es sich um Nichtaufnahme ausländischer oder ausgesperrter Arbeiter handelt.

Niemals ist mit betriebsfremden Arbeiterführern zu verhandeln.

Die Vermittlung der Behörden, der Gewerbeschiedsgerichte, der Gewerbeinspektoren, ist mit dem Hinweis darauf abzulehnen, daß dieses Aufgabe des Verbandes sei.

Alle Mitteilungen über den Streik an die Konkurrenz, die Arbeitsnachweise, die Zeitungen, sowie etwa nötige öffentliche Berichtigungen sind dem Vorstand zu überlassen.

Der Vorstand muß durch diese Mitteilung (über die Art der Beendigung der Streitigkeit) in der Lage sein, etwaigen Erfolgsberichten der gegnerischen Blätter in der befreundeten Presse (!!) bestimmt entgegenzutreten zu können.“

Dann fordern die Verhaltensvorschriften noch, daß ein mit „seinen“ Arbeitern in Streitigkeiten geratener Unternehmer sofort eine Liste der ausländischen Arbeiter an den Vorstand einzuliefern hat, damit sofort die trockene Guiltine der schwarzen Liste prompt arbeiten kann.

Das Statut dieses Industriellenverbandes — und die Satzungen der übrigen Verbände sind nicht anders — läßt einen tiefen Blick in die Werkstätte des Scharfmacher-tums zu; es offenbart die Herrschaft der Industriebaronen im Lager der koalitierten Ausbeuter. Die kleinen Unternehmer sind in den Händen der großen, was sich auch noch in dem Abstimmodus dieses Verbandes ausdrückt, der den Großindustriellen bis zu sechs Stimmen zuteilt. Die Industriellenverbände sind eben nichts weiter als Instrumente der Industriekapitäne, die mit ihrer Hilfe einmal die Arbeiter niederzwingen möchten, dann aber auch ihre kleineren Konkurrenten im Zaume halten wollen, wenn es denen u. a. einfallen sollte, Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, was entweder auf etwas vorhandene sozialpolitische Einsicht oder zumeist auf die sehr berechnete Besorgnis zurückzuführen ist, daß eine längere Stilllegung ihrer nicht besonders kapitalstarken Betriebe der ganzen Unternehmerherrlichkeit ein vorzeitiges Ende machen könnte.

Was haben die Terrorismusschreier nun zu sagen? Das Volk hat alle Ursache, sich am 12. Januar dagegen zu schützen, daß auch noch die Gesetzgebung — wie bereits amtlich angekündigt wurde — zum Reueungswerkzeug der Großausbeuter wird. Schutz der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, Schutz des gesamten Volkes gegen den Terror der Scharfmacher, freie Bahn für den Aufstieg der Volksmassen zu höherer Kultur und darum Sicherung der arbeitenden Massen vor den lichtscheuen Verschwörungen der Kapitalisten. Am 12. Januar fällt die Entscheidung!

## Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 18. Dezember 1911.

Der Wortführer Dr. Görz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Min.

Es sind verschiedene Petitionen eingegangen, u. a. vom Gewerblischen Verein betr. die Gaspreise und Elektrizität, über die Pflichtfortbildungsschule und von den Handlungsgesellen über Einführung der Sonntagstrube.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl eines Mitgliedes zum Bürgerausschuß vorgenommen.

Ziele tritt für Stelling's Wahl ein.

Peter Wape weist darauf hin, daß seine Fraktion nach der Wahl von Dr. Görz zum Wortführer sich der Hoffnung hingegeben habe, nun doch noch einen Vertreter der zweiten Klasse in den Bürgerausschuß zu bekommen. Wir bedauern, daß wir bei der ersten Wahl in der Minderheit geblieben sind. Zwar hat ein Teil der Bürgerchaftsmitglieder für Herrn Stelling gestimmt und das uns zugefügte Unrecht eingesehen und bedauert, daß Stelling nicht gewählt worden ist; wenn diese die Sache ernst genommen haben, müssen sie auch heute für unsern Vorschlag eintreten. Wir haben uns nun an Herrn Dr. Görz gewandt — weil uns eine andere Korporation nicht bekannt war —, damit Herr Stelling vorgeschlagen würde. Wir nahmen an, daß dieses geschehen ist. Als wir die Stimmzettel erhielten, sahen wir, daß die Vorversammlung nicht Stelling, sondern Landgerichtsdirektor Dr. Mejer vorgeschlagen hat. Wenn sie die jetzige Zusammensetzung in Bürgerausschuß betrachten, ersehen Sie, daß die Gelehrten dort im Verhältnis stärker vertreten sind als in der Bürgerchaft. Es sind 4 Juristen, 2 Mediziner und je 1 Theologe und Chemiker. Dieser Stand ist demnach so stark vertretene, daß Sie getroßt sagen können, wir wählen heute einen andern. Nach den zwei Jahren unserer Tätigkeit im Bürgerausschuß hat sich doch gezeigt, daß unsere Wahl nicht so unrecht war. Sollten Sie nicht gewillt sein, unsern Ihnen vorgeschlagenen Vertreter zu wählen, ist das ja Ihre Sache, doch ist in größeren Parlamenten der Brauch, daß dort an Kommissionen verwiesene Vorlagen von Vertretern beraten werden, die von ihren eigenen Korporationen gewählt werden. Nur Lübeck macht eine Ausnahme, ob zum Vorteil der Bürgerchaft, mögen Sie beurteilen. Wir haben uns erlaubt, Ihnen Stimmzettel hinzulegen, doch ließ sie der Wortführer wieder entfernen; mit welchem Recht, ist mir unbekannt. Ich weiß aber, daß früher oft Stimmzettel auf den Plätzen zurückgefunden wurden. Jetzt sind Ihnen diese Stimmzettel am Eingang des Saales gegeben worden. Ich bitte Sie nicht besonders, unsern Genossen zu wählen, ich erwarte und for-

der von Ihnen, daß Sie Gerechtigkeit über im Interesse der größten Mehrheit der Bürgerchaftswähler Lübeck. Dr. G. B. gibt zu, daß in früheren Jahren die Stimmentzettel auf den Blättern der Bürgerchaftsmitglieder verteilt worden seien, doch auf Einspruch der Wähler sei unterblieben, andere Zettel als mit vom Präsidium vorgeschlagenen Namen auszulegen. Im übrigen liege es nur dem Wortführer ob, die Ordnung im Saale zu bestimmen.

Aug. Wape gibt unzweideutig zu erkennen, daß die Bürgerchaft der zweiten Klasse unbeschädigt um die Person, die diese vorschlägt, einen weiteren Vertreter zuerkennen müsse.

Gewählt wird Dr. C. Meyer mit 51 Stimmen. Stellung erhielt 89.

Beim ersten Senatsantrag betr. die Errichtung der Stellen eines Direktors und eines ständigen Mitgliedes des Oberversicherungsamtes wünscht

Dr. Kähler besonders sorgfältige Prüfung, um die nebenamtlichen Funktionen der Richter, gegen die sich die Bürgerchaft schon mehrfach gewandt, klarzulegen. Im übrigen seien Verwaltungsbeamte verpflichtet, Nebenämter mit zu erledigen. Es empfehle sich vielleicht für die eine Stelle vorerst den bisher gezahlten Gehalt auszuwerfen, bis eine definitive Regelung Platz gegriffen habe. Redner tritt für kommissarische Prüfung ein.

Senator Dr. Neumann rät von einer solchen ab. Es sei zweckmäßig, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes die Stellen zu besetzen. Der Senat wolle vorerst nur eine provisorische Regelung haben. Freilich schreibe das Reichsgesetz unwiderrufliche Anstellung vor.

Dr. Jhde ist ebenfalls für Kommissionsberatung. Hier werde der Versuch gemacht, eine dauernde Nebenamts-Erledigung zu schaffen, gegen die sich die Bürgerchaft schon mehrfach gewandt habe. Dadurch binde man sich die Hände gegen eine spätere Organisationsänderung.

Senator Dr. Neumann: Dem Bürgerausschuß war bekannt, daß ein Befehlswang bis 1. Januar nicht vorliegt. Vorerst seien die Geschäfte in Lübeck nicht derart gewachsen, um einen höheren Beamten ausschließlich damit zu beschäftigen. Ohne Honorierung finde sich im Nebenamt niemand dazu.

Senator Dr. Fehling sieht in der Vorlage keine Refikzierung der von der Bürgerchaft im Einklang mit dem Senat gewünschten richterlichen Nebenamtsfrage.

Dr. Jhde kann die Konsequenzen nicht übersehen, die sich aus der Verwicklung der Ämter ergibt. Ein Richter oder Regierungsrat sei im Hauptamt wohl genug beschäftigt.

Hoff: Wir haben gegen die Beschäftigung im Nebenamt ebenfalls prinzipielle Bedenken, doch unter den besonderen Umständen stimmen wir der Senatsvorlage zu. Schon aus dem Grunde, weil der Umfang der Geschäfte des Oberversicherungsamtes zurzeit nicht abzusehen ist. Aber die Stelle muß spätestens bis zum 1. Januar 1913 geschaffen sein. Es wäre bedauerlich, wenn ein anderer Weg gewählt werden müßte und die Stelle eines Oberversicherungsamtes mit den drei Hauptstädten zusammen erledigt würde. Die Versicherer könnten ihre Ansprüche dann nicht mehr persönlich verteidigen. Deshalb haben wir unsere prinzipiellen Bedenken zurückgestellt. Ich habe schon im Bürgerausschuß gesagt, daß ein Amtsrichter nebenbei den Posten eines Direktors des Oberversicherungsamtes nicht mehr versehen könnte, er müßte im Hauptamt dem Oberversicherungsamt zugeteilt und ihm Nebenbeschäftigung gegeben werden. Notwendig ist jedoch, daß jetzt schon ein Beamter mit den Geschäften betraut wird.

Senator Dr. Neumann: Nach den bisherigen Vereinbarungen im Bundesrat ist der 1. Juli 1912 in Aussicht genommen. Die Ordnung ist gewiß nur eine provisorische, doch werden, ehe fünf Jahre verstrichen sind, die Geschäfte des Direktors so zugenommen haben, daß sie die Arbeitskraft ganz ausfüllen. Um die feste Anstellung kommen wir nicht herum.

Grüne wendet sich gegen Dr. Kähler und empfiehlt für den Posten einen älteren Richter, der genügend Kenntnis für das Amt aufweisen kann. Eine Kommissionsberatung würde Neues nicht hervorbringen.

Dr. Wittern tritt für Kommissionsberatung ein. Wenn das Ansuchen der Bürgerchaft in Lübeck einen solchen Umfang annehme, daß ein Direktor im Hauptamt angestellt werden müßte, sollte man doch reiflicher prüfen, um so mehr, als das Gehalt dann 1200 Mk. höher wäre als das bisherige Richtergehalt. Die Bürgerchaft würde sich in der Gehaltsfrage festlegen.

Senator Dr. Neumann: Der Beamte kommt durch die Arbeitsüberbürdung von selbst in die Lage, bei der Behörde um Entlastung vom Richteramt einzukommen. Dann haben wir doch in der Gehaltsfrage bei der festen Anstellung vollkommen freie Hand. Vor allem müssen wir praktische Erfahrungen sammeln.

Heinrich tritt für den bisherigen Inhaber der Stelle ein und

Dr. Wittern verteidigt nochmals seinen Kommissionsantrag. Mit den 1200 Mk. Mehrausgaben müßte sonst auf die Lücke geredacht werden.

G. Reimpell glaubt, daß durch die Annahme des Senatsantrages eine Zwangslage geschaffen werde und tritt für Kommissionsberatung ein. Man schaffe durch das Gehalt von 700 Mk. eine Zwischenstufe von Richter und Landgerichtsdirektor.

Vom Senatliche wird dem widersprochen.

Häufig: Den mittleren Beamten hat man die bestehenden Grundrenten annehmen und den oberen will man sie wieder geben. Wie steht denn die Sache?

Senator Dr. Neumann: Die mittleren Beamten werden durch die neue Arbeit in anderer Weise wieder entlastet; es entsteht ihnen also auch keine Mehrarbeit, infolgedessen kann von einer besonderen Entschädigung nicht geredet werden.

Legtmeyer (Wolffing) spricht für die Vorlage und ergibt damit große Heftigkeit.

Schneider: Ein Gerichtsdirektor, der bei dem Schiedsgericht tätig ist, bekommt 600 Mk. Entschädigung von der Landesversicherungsanstalt; sollen ihm diese genommen werden?

Senator Dr. Neumann: Mit der Neueinrichtung werden die Kosten von der Staatskasse übernommen, und damit fällt auch die Verpflegung weg. Die Beamten werden dann auch nicht Härten in Anspruch genommen.

Der Antrag Dr. Kähler auf Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag mit der Abänderung des Bürgerausschusses angenommen.

Der nächste Antrag lautet: Bedingungen für die Abgabe von Drehstrom und Errichtung einer Verteilungshalle in der Seniner Straße.

Dr. Thiel bezieht zu dem Senatsantrag seine Zustimmung, bedauert jedoch die kurze Frist, die der Bürgerchaft zur Begutachtung gelassen wurde. Auch die Gewerbetreibenden hätte einbezogen werden müssen. Redner geht auf die Vorlage im einzelnen ein und wünscht, daß der Staat den Preis für hochspannenden Drehstrom so festsetzen müsse, daß der Großhandel nicht selber herbeiziehen könne. Um neue

Betriebe heranzuziehen, dürfe man nicht schematischer, sondern müsse den einzelnen Betrieb berücksichtigen. Ein entsprechender Abänderungsantrag wird vom Redner eingebracht. Die Lübecker Verbraucher dürften nicht schlechter gestellt werden als diejenigen, die den Strom direkt von der Überlandzentrale beziehen.

Senator Straß hat nach Erledigung des Vertrages mit Diesel kein Bedenken gegen eine Kommissionsberatung. Die Thiel'sche Abänderung sei ihm sehr angenehm.

Schiemann stimmt mit Thiel überein. Für die kleinen Gewerbetreibenden sei der hochgespannte Drehstrom viel zu stark, er könne also nur für die Großindustrie in Betracht. Die Rentabilitätsberechnung sei wegen Materialmangel ziemlich dürftig und erfordere Kommissionsberatung. Bei einer Stromlieferung von 8500 Mk. an zwei Firmen gewinne der Staat 5100 Mk. oder 60 Proz.; das sei viel zu viel, um so mehr, als die städtischen Gemeindeanstalten das Monopol besitzen. Der Nutzen dürfe eine angemessene Verzinsung und Amortisation nicht überschreiten. Die Abnehmer in der Stadt, die vielleicht 100 000 Kilowattstunden niedrig gespannten Gleichstrom gebrauchen, müßten 20 000 Mk. bezahlen, die die Unternehmer außerhalb der Stadt mit nur 9000 Mk. zu vergüten brauchen. Redner wünscht das Gesetz nach zwei Jahren einer Revision unterzogen und stellt den Antrag, den Preis auf 4 Pf. pro Kilowattstunden herabzusetzen.

Senator Straß verwahrt sich gegen die Auffassung des Vorredners, der die städtischen Verwaltungsanstalten für eine gemeinnützige Anstalt halte, weist auf die Erfahrungen der Überlandzentrale mit dem Preise hin und geht im einzelnen auf die zahlreichen Bedenken Schiemanns ein, die er zu zerstreuen sucht.

Der Wortführer bittet die Redner sich möglichst kurz zu fassen.

Thiel zieht seinen ersten Antrag zurück und beantragt Kommissionsberatung.

Dräger enthält sich, um jeden Schein als Interessent zu vermeiden, der Abstimmung und fragt ob er bei der Kommissionsberatung event. teilnehmen könne.

Der Wortführer bekräftigt dies.

Aug. Wape wünscht nicht allein der Behörde die Festlegung der Preise überlassen.

Schiemann glaubt, daß die städtischen Gemeindeanstalten doch gemeinnützig seien, wie jede staatliche Anstalt im gewissen Sinne.

In der Einzelberatung stimmt die Mehrheit unter I, Abs. 2 für Überweisung an eine Kommission, der Antrag I und II des Senats wird angenommen.

Es liegt ferner ein Antrag Henk (Wültsch) vor, der ersucht, den ländlichen Gemeinden elektrischen Strom zum gleichen Preis zu liefern wie ihn die Gemeinden Siems und Dänischburg von der Überlandzentrale erhalten. Der Antragsteller begründet ihn und Dr. Wittern bittet, das Gesuchen gleichfalls der Kommission zu überweisen.

Dem wird zugestimmt.

Beim weiteren Senatsantrag betr. Ausbau der Realschule zum Dom zu einer Oberrealschule erläutert Senator Kulenkamp die Forderung und die Verhältnisse der Schüler und Lehrer der Realschulen zu den Oberrealschulen, zu welcher letzteren die Entwicklung unbedingt führe. Die meisten Städte seien diesem Zuge gefolgt, es gebe keine Stadt, die 800 Schüler zähle und keine Oberrealschule eingerichtet habe. An dem Wesen der bisherigen Realschule werde durch die Angleichung zweier und später dreier Oberklassen nichts geändert, nach Abschluß der bisherigen Lehrpläne könne jeder die Anstalt mit abgeschlossener Bildung verlassen. Die Erweiterung gehe nur im Interesse weniger bemittelter Eltern, die in den Kindern eine ergänzende Bildung zukommen lassen wollten. Dann sei noch in Erwägung zu ziehen, daß ein Schulhausneubau so wie so geschaffen werden müsse.

Scharff: Die Schule soll hauptsächlich dem heranwachsenden Kaufmannstande zum Nutzen gereichen. Der Antrag ist gut vorbereitet und zur Annahme zu empfehlen. Man sollte nicht bis nach Fertigstellung des Neubaus warten.

Dr. Ziehl ist vor allem aus finanziellen Gründen gegen die jetzige Erweiterung. Die sachlichen sprechen dagegen, weil die Schule viel zu großen Umfang annehme, bei dem der Direktor die Kinder nicht kennen lerne. Ein Hervorheben der sozialen Gründe sei jetzt überall Mode geworden und bilde nur Dekoration. Die Oberlehrer wollten die Kinder gar nicht haben, die jetzt die Bänke drückten, sie betrachteten es für ein Unglück, daß die Oberrealschule aus der Realschule hervorgehe. Das Staatsbudget ertrage eine weitere Belastung nicht mehr. Der Überschuß der Stadtkasse resultiere aus 73 000 Mk. Strafzinsen, die in diesem Jahre 40 000 Mk. mehr als veranschlagt ergeben hätten. Auf den großen Gewinn von 220 000 Mk. aus Quarantäneanstalt und Viehmarkthalle könne nicht jedes Jahr gerechnet werden. Redner läßt sich ausführlich über die Staatseinnahmen aus, die weitere Ausgaben absolut nicht zuließen und bemängelte die heutige Einrichtung der Bürgerchaft, die sich eine ständige Budgetkommission schaffen müsse, um die Vorlagen besser würdigen zu können. Der Bürgerausschuß sei überlastet, auf seiner Tagesordnung habe er kürzlich 55 Vorlagen gehabt. Die bevorstehenden sozialen Forderungen seien so groß, daß die Oberrealschule dagegen das reinste Kinderpiel sei und das neue Einkommensteuergesetz habe der Senat so rückständig verfaßt, daß kein Staat ein ähnliches schlechtes befinde. Vor allem müßte das Kinderprivileg weiter berücksichtigt werden, denn die Kindererziehung werde immer teurer. Weit wichtiger sei für Lübeck eine Schwimmhalle als eine Oberrealschule, die nur einigen Duzend Familien zugute kommen würde. Eine große Anzahl notwendiger Ausnahmen verbiete diese Errichtung auf alle Fälle. Keine dauernde Ausgaben ohne Deckung und nur solche, die absolut notwendig sind. Unter Steuergesetz muß vor allem erst ausgehakt werden, dieser Ausbau bedeutet stets Erhöhung. In Deutschland ist außer Lübeck keine einzige Stadt, die die Ausgaben für das höhere Knabenschulwesen allein aus städtischen Mitteln bestreitet. Überall stehen Verbände oder der Staat dahinter. Lübeck zahlt allein 320 000 Mark für laufende Mittel des höheren Knabenschulwesens. Dagegen hat der Staat kein Geld, wenn es sich um Volksschulen handelt. Den ganzen Beamtenbesoldungssatz wollte der Senat fallen lassen wegen 24 000 Mk., die für die Lehrer mehr gefordert wurden. Für die Volksschulen haben wir doch nur der Erparnis wegen die großen Schulsysteme eingerichtet, daß wir damit etwas Besseres gemacht haben, wird niemand behaupten. (Hört, hört!) Die Vorlage ist vielleicht in acht oder zehn Jahren angebracht, heute muß sie abgelehnt werden. Unsere Finanzen sind wohl in Ordnung, doch nur auf Grund der ständigen Neueinführung der Steuern, die wir doch nicht immer steigern können. Kulturaufgaben haben wir uns nie verschlossen, ich erinnere nur an das Museum, das Theater usw.; eine wichtigere Kulturaufgabe wäre jedoch die Schwimmhalle. Gätten wir einen preußischen Finanzminister, würde uns diese Vorlage heute nicht beschäftigen. Von der Errichtung im nächsten Jahre kann keine Rede sein.

Senator Kulenkamp hofft von der Bürgerchaft, daß sie vom Urteile der Behörde mehr halte als Dr. Ziehl, und daß sie ihrem Gutachten folgen werde. Er geht im einzelnen auf die fast einstündigen Ausführungen des Vorredners

ein und sucht diese zu entkräften. Werde der Antrag abgelehnt, könnten unsere Erfahrungen mit den Lehrkräften retribuiert werden. Für das Volksschulwesen seien durch die Sparnisse keine Verschlechterungen eingetreten, gegen ein solchen Vorwurf müsse die Oberschulbehörde in Schutz genommen werden.

Dr. Grube glaubt ebenfalls, daß die anderen höheren Lehranstalten durch die Errichtung der Oberrealschule Einbuße erleiden. Gerade in der voraussetzlichen Einrichtung seien die Neuanmeldungen für das Johanneum in diesem Jahre spärlich eingelaufen. Die Zeitströmung verbiete geradezu gegen die Oberrealschule zu sprechen, ab es könne nicht Aufgabe des Staates sein, möglichst viele Abiturienten zu züchten, vielmehr müßten unsere Schüler auf die Eigenheiten unseres Volkes hingewiesen werden, um die alte ererbte Kultur schärfen und kennen zu lernen. Zw Parteien, die sich um realistische und humanistische Dinge streiten, sollten nicht künstlich geschaffen werden. Deshalb sei er gegen die Vorlage.

Senator Kulenkamp sieht in der Ablehnung der Vorlage eine Abwanderung der Schüler in auswärtsige Vollanstalten. Das Johanneum soll gerade entlastet werden.

Hauptlehrer Reimpell tritt für die Oberrealschule ein, die uns den Zuwachs für Industrie und Handel bringe werde. Allerdings würden sich für die beiden anderen Vollanstalten Nachteile ergeben. Vielleicht könne die Oberrealschule mit dem Johanneum verbunden werden. Die Erparnisse im Volksschulwesen kommen nicht durch die große Schulsysteme, sondern durch die Erhöhung der Klassenfrequenz von 33 auf 39 Schüler. Dadurch würden 83 000 Mk. gespart. (Zuruf: Hört, hört!) Redner empfiehlt Kommissionsberatung.

Senator Kulenkamp: Die örtliche Lage einer Schulkamp niemals ein Grund für deren Nichtbeschulung sein. Unnatürlich wäre die Verbindung mit Johanneum und Oberrealschule, wie sie von einem Fachmann eben unbegreiflicher Weise vorgetragen wurde.

v. Schack empfiehlt als Kaufmann eine Oberrealschule, doch die Finanzlage gestalte heute die Errichtung einer solchen nicht. Es habe sich stets erwiesen, daß Neuerrichtungen zuerst nur kleinere Zuschüsse erforderten, der sich in Wäld genavallig steigerten. Zu allem hin ergebe sich jetzt gar kein so großes Bedürfnis für die Schule, viel wichtiger sei der Ausbau der Mittelschule. Entweder Kommissionsberatung oder Ablehnung der Vorlage müsse heute beschlossen werden.

Vom Senatliche aus werden diese Einwände bekämpft.

G. Reimpell tritt den Ausführungen der Doktore Ziehl und Grube entgegen und vergleicht preussische Steuerverhältnisse mit Lübeck. Herrn Dr. Grubes Argument ließen die Angst vor der Konkurrenz durchblicken. Nichterfüllung der Kulturaufgaben auf dem Schulgebiet bringe uns ins Hintertreffen, dem vor allem vorgebeugt werden müsse. Die Oberrealschule biete gerade den Minderbemittelten große Vorteile.

Scharff verteidigt sich gegen Dr. Ziehls Vorwurf, die Schwimmhalle und Oberrealschule unangebracht durch einander geworfen habe. Freilich seien die Meinungen der Schulmänner über eine Sache manchmal auseinandergehender als die der Juristen.

Doktor Evers verbreitet sich über humanistische Bildung, aus der jedoch nicht Schlussfolgerungen getroffen werden dürften, wie sie Herr Dr. Grube gezogen habe. Ferner tritt Redner für die Vorlage ein; auswärts würde man die Ablehnung nicht verstehen.

Dr. Wittern beantragt Schluß der Debatte, der angenommen wird.

Die Überweisung an eine Kommission wird abgelehnt, der Senatsantrag ebenfalls.

Dagegen wird der Senatsantrag mit der Abänderung des Bürgerausschusses, der die Schule vom Jahre 1914 an errichtet wissen will, angenommen.

Schluß 11 Uhr 25 Min.

## Der Raubkrieg.

In Tripolis scheinen neue Kämpfe bevorzustehen. Das geht aus der Ansammlung starker türkischer und arabischer Streitkräfte bei Ajzija unter Reshat Bey hervor, über die gemeldet wird: Tausende von gut bewaffneten Arabern strömen seit drei Tagen in Ajzija zusammen. Die wegen ihrer Kriegstüchtigkeit bekannten Araber von Fessan sind dort nach 48 stündigem Marsch eingetroffen.

Italienische Meldungen belagen: Auf das 50. Infanterieregiment, ein Bataillon des 73. Infanterieregiments und eine Abteilung Lanzenreiter, die mit Geschützen zur Erkundung in der Richtung auf Zanjur vorrückten, wurden von vereinzelt Beduinen eine Anzahl Schüsse abgegeben, die jedoch keinen Schaden angerichtet haben. In der Nase wurden einige Waffen gefunden. Vier Araberhäuptlinge wurden zu einer Besprechung mit dem Oberkommando nach Tripolis geleitet. Eine andere Erkundungsabteilung bestehend aus zwei Bataillonen, zwei Schwadronen und einer Batterie von Gebirgsgeschützen, die gestern morgen bis Bireldin vorrückte, traf auf türkische Kavalleriepatrouillen, die sich beim Anblick der Italiener zurückzogen. Fünf Kilometer von Bireldin entfernt bemerkte man ein türkisches Lager, auf das die italienischen Geschütze feuerten, worauf es vom Feinde, der ungefähr 400 Mann stark war, schleunigst verlassen wurde. — Am 16. Dezember unternahm die Torpedoboots „Sride“ und „Cassiopea“ eine Erkundungsfahrt längs der Küste in der Nähe der französischen Grenze zwischen Bengaid und Macarba. Eine Gruppe Araber gab zahlreiche Schüsse ab, die einen Matrosen getötet und einen zweiten verwundet haben. Die Feinde wurden mit schweren Verlusten durch Artilleriefeuer zerstört.

Von einem türkischen Siege wollen die Italiener nichts wissen. Sie sagen: Die Nachricht von diesem angeblichen Siege, dessen Zeitpunkt auch nicht angegeben wird, ist ganz und gar unrichtig. Seit dem 10. Dezember an welchem Tage unsere Truppen einen sehr heftigen Angriff der Türken und Araber zurückgeschlagen haben, kam in Benghaji keine bemerkenswerte Aktion vor.

Aus Kairo wird gemeldet: Infolge der einseitigen Abtretung des Gebietes von Solim im Osten von Benghaji seitens der Türkei an Ägypten hat die ägyptische Regierung eine Streitmacht zur Befestigung abgeleitet und den diplomatischen Vertreter Italiens davon in Kenntnis gesetzt.

Aber die Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns zur Darbanellen-Frage wird der „Frankf.“

furter Zeitung" aus Konstantinopel, den 16. Dezember, telegraphiert: Der österreichisch-ungarische Botschafter Markgraf Pallavicini hat vorgestern dem Minister des Äußern in Wien die bedeutsame Erklärung abgegeben, daß seine Regierung sich für die Beibehaltung des bestehenden Rechtszustandes entsprechend den Verträgen über die Meerengenfrage aussprechen werde, solange nicht eine Lösung gefunden sei, die die Rechte der Türkei und zugleich die der übrigen Signatarmächte zu sichern geeignet sei. Der deutsche Botschafter Frhr. v. Marschall hat gestern der Pforte eine analoge Erklärung abgegeben.

Die innere Lage in der Türkei hat sich nicht verbessert: Die aus Albanien und Bulgarien vorliegenden Nachrichten lauten beunruhigend. Albanische Stammeshäuptlinge haben eine geheime Versammlung einberufen, um Geld und Truppen für eine Bewegung im Frühjahr vorzubereiten. Der Regierung von Sofia wurde ein Memorandum der bulgarischen Nationalisten überreicht, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Zustände in Mazedonien schlimmer geworden seien als zur Zeit Abdul Hamids und daß es angezeigt wäre, die europäischen Regierungen aufzufordern, sich des Schicksals dieser unglücklichen Provinz anzunehmen.

## Die Revolution in China.

Die Friedens-Verhandlungen sollen heute in Wutingfang beginnen. Der Friedens-Delegierte Juanshikais, Tangshaoji, ist von Peking kommend, in Schanghai eingetroffen und von einer großen Anzahl Personen, darunter dem englischen, dem russischen und dem amerikanischen Konsul, sowie von den offiziellen Vertretern der russländischen empfangen. Tangshaoji wird heute mit den Friedens-Delegierten der russländischen in Wutingfang zusammentreffen. Falls diese Verhandlungen zu keinem Ziel führen, wollen angeblich England und Japan einschreiten. Wenigstens bestreben diese Mächte nicht die Absicht, sich an irgendwelchen Verhandlungen wegen einer Vermittlung zu beteiligen, wenn sich für die beiden streitenden Parteien in China eine günstige Gelegenheit bieten sollte, ihre Dienste zu benutzen. Die von den Revolutionären gestellten Friedensbedingungen sind folgende: Sturz der Mandschu-Dynastie, Errichtung einer Republik mit Juanshikai als Präsidenten und Sunjatzen als Vizepräsidenten. Das erste Kabinett soll von den Revolutionären gewählt werden. In Zukunft soll dann der Präsident gewählt werden und sich selbst ein Kabinett zusammenstellen. Juanshikai ist, wenn er Erfolg hat, wieder wählbar. Unter den revolutionären Führern sollen drei Wirklichkeiten herrschen.

An weiteren Nachrichten liegen aus Peking folgende vor: Die Mandschuhgarnison von Kintschau hat sich ergeben. Die russländischen in Schansi sind demoralisiert und fliehen vor den Kaiserlichen. In dem Kampfe bei Mangtschuan hatten die russländischen vierzig Tote und zweihundert Verwundete. Sie ließen Geschütze, Munition und sonstiges Kriegsmaterial auf dem Schlachtfelde zurück. — In der Nähe von Pukau ist der Bahnkörper der Tientsin-Pukau-Eisenbahn von russländischen zerstört worden. Vom nördlichen Kriegsschauplatz werden kleinere Gefechte gemeldet. Berichte aus anderen Gegenden lassen erkennen, daß die Unruhen sich ausbreiten. Einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur aus Tschijiu zufolge haben Polizeitruppen und ein Teil der loyalen Truppen den Samen des Tawais eingenommen und den Chef der revolutionären Verwaltung in ihre Gewalt gebracht. Drei Kriegsschiffe der russländischen sind nach Schanghai abgegangen. Bei Tschanyu, nordwestlich von Hsianju in der Provinz Schensi haben Kaiserliche 2000 Rebellen und ihre beiden Generale gefangen genommen. Die Befreiung der in Hsianju eingeschlossenen Fremden wird in etwa acht Tagen erwartet.

Tuanfang, der frühere Generaldirektor der Hukuang-Eisenbahn, soll von seinen Truppen bei Tschchow ermordet worden sein.

Die Vertreter von 14 Provinzen in Nanking haben Sunjatzen mit erheblicher Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Die Regierung sucht unter den Patrioten eine Anleihe von 30 Millionen Taels aufzubringen, zu der die Prinzen und Beamten nach ihrem Einkommen beisteuern müssen.

Das diplomatische Korps setzt einen Finanzausschuß von maßgebenden Peking Bankleuten ein, der für die Verwendung der Seezölle im Interesse der auswärtigen Schulden sorgen soll. Es besteht

eine gewisse Besorgnis, weil zurzeit keine sichere Finanzkontrolle vorhanden ist.

Ein Bericht an den portugiesischen Marine-Minister aus Macao berichtet, daß die Stadt von 90000 chinesischen Flüchtlingen überflutet ist. Die Seeräuberei ist jetzt an der Küste dieses Distrikts besonders groß. Die chinesischen Piraten fallen die Schunken und Boote plündernd und mordend an. Unter der tapferen Verfolgung portugiesischer Schiffe sanken einige Piratenboote, aber die portugiesische Macht ist durchaus ungenügend, kaum 1500 Mann auf zwei kleinen Schiffen, einschließlich der jetzt gefandenen Verstärkungen.

Der gegenwärtig in Petersburg weilende russische Gesandte in Peking, Rowostowez, macht über die Lage in China folgende interessante Angaben: „Süanshikai, auf den gegenwärtig die Blicke der ganzen Welt gerichtet sind, ist Opportunist. In der Person Süanshikais besitzt China einen hervorragenden Staatsmann. Wenn er die ganze Zeit hindurch am Ruder geblieben wäre, hätte er es verstanden, die Revolution zu verhindern und die Lage zu retten. Süanshikai fiel beim Regenten in Ungnade. An die Spitze der Regierung traten unfähige Leute, die die Lage falsch beurteilten. Unter den Truppen wurde eifrig revolutionäre Propaganda betrieben, desgleichen unter allen Bevölkerungsschichten. Schon seit längerer Zeit war alles zerrüttet, und es bedurfte nur eines geringen Anstoßes, um die Ruhe zu stören. Der Ausbruch der Revolution war für November d. J. festgesetzt, trat jedoch weit früher ein infolge eines Zwischenfalles in der russischen Ansiedlung in Hankau. Die gegenwärtig stattfindenden Unterhandlungen mit den Revolutionären in Schanghai betraachtet Süanshikai optimistisch. Er hofft, daß die Revolution in einem Monat beendet sein werde. Trotz des Optimismus Süanshikais dürften sich aber die Unruhen noch lange hinziehen. In dem Peking Fremdenviertel herrschte bei Beginn der Revolution große Aufregung. Die chinesische Presse befürchtet in letzter Zeit Eingriffe Russlands wie Japans. Die russisch-chinesischen Beziehungen haben sich verschlechtert, so daß es bisher nicht möglich gewesen ist, bei den verschiedenen Verhandlungen mit den chinesischen Vertretern über eine Erneuerung des Handelsvertrages zu irgendeinem positiven Resultat zu gelangen. Japans Einfluß in China ist im Wachsen begriffen.“

## Aus der Partei.

**Sozialistenverleumder.** Gustav Adolf Müller-Gzerny, der Herausgeber des Blattes „Für Wahrheit und Recht“ wurde am Montag von der Frankfurter Strafkammer wegen verleumderischer Beleidigung der Genossen Quint und Quack zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurden ihm die Kosten der Berufungsinstanz auferlegt. Es hat in dieser Sache bereits beim Schöffengericht ein Verfahren geschwebt. Es handelte sich um den Artikel „Die Kehrseiten der Sozzen kennen keine Grenzen“, den die bürgerliche Presse behaglich weitergab! In diesem Artikel hatte Müller-Gzerny behauptet, ein bekannter Sozialistenführer hätte einem jüdischen Mädchen ein Kind aufgehängt. Heute stellte sich heraus, daß dieser „Sozialistenführer“ ein Vertrauensmann der Zentrumspartei in Höchst a. M. war, also überhaupt kein Sozialdemokrat. — Das Gericht erachtete verleumderische Beleidigung nach § 187 Str. G. B. als gegeben.

**Die Chemnitzer Kaufmannschaft und der Parteitag 1912.** Der nächstjährige Parteitag soll bekanntlich in Chemnitz i. Sa. stattfinden. Die Parteileitung in Chemnitz verfuhrte das Kaufmännische Vereinshaus als Parteitaglokal zu gewinnen. Der Kaufmännische Verein hat aber, so berichten die „Leipz. Neue Nachr.“, das Ersuchen der sozialdemokratischen Parteileitung abgelehnt.

## Kommunales.

**Zentrumsarbeit.** Das Stadtverordnetenkollegium von Bonn lehnte die Vorlage über den Bau eines Krematoriums mit großer Mehrheit ab.

## Ständesamtliche Nachrichten

vom 10. bis 16. Dezember 1911.

### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.  
24. November. Arbeiter G. F. E. Johannesson.  
4. Dezember. Bäcker R. A. M. Schröder. 5. Hafenarbeiter W. B. Peters. 7. Arbeiter M. F. W. Kiempau. 8. Arbeiter G. Brozio. Ober-Postassistent G. F. W. S. Pöngel. 9. Arbeiter M. Lubowit. Bahnwärter G. F. W. Boldt. Arbeiter F. H. F. Kröger. 10. Schreibgehilfe M. C. S. L. Ralf. Maurerpolier F. J. W. Olmann. Landwirtschaftlicher Rechnungsbeamter S. Löffmann. Arbeiter G. H. A. Bubert. 11. Arzt Dr. med. R. Schwarzweiler. Modellstecher F. F. Rudel. Kasernenwärter A. Schappeler. Arbeiter

F. J. J. Langpau. Maurer G. A. Besch. 12. Schlosser O. H. W. Busch. Zimmerer G. A. Burmeister. Eisenbahnbeamter A. Batsion (Zverev, Australien). 13. Werkzeugverwalter G. L. M. D. Bachmann. 15. Kaufmann W. J. C. Wengenroth. Arbeiter G. F. H. Wittthohn.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

24. November. Gärtner L. Fischer.  
7. Dezember. Arbeiter W. Ch. C. Mehrpahl. 8. Arbeiter M. S. P. Wölkow. Kutscher H. Ch. Kruse. 9. Arbeiter H. W. H. Hamann. Hafenarbeiter G. H. S. Pfannenstiel. 10. Bahnarbeiter F. H. Ch. Pütter. Arbeiter G. F. H. Warnk. 11. Arbeiter G. Steinbeil. Schuhmann G. A. F. Schröder. 12. Buchbinder F. W. H. Seeler. 12. Eisenbahnwagenschieber G. Ch. H. Bardenhagen. Kutscher M. D. F. H. Müller. 16. Straßenbahnkassierer F. J. H. Oldorp.

### Ungeordnete Aufgebote.

11. Dezember. Maschinist F. J. C. Thöming in Brunsbüttelkoog und Chr. L. R. König in Schwartau. Zimmermann B. C. Wänchen und G. F. C. Engel, beide in Pöschwitz. Versicherungsbeamter R. G. S. Gers und G. B. Suche. Telegraphenarbeiter F. J. F. Deuthien und G. M. D. Rings. Maurer W. F. H. Döbering und H. W. Bötter. Arbeiter G. C. G. L. Wulf und die geschiedene G. S. M. Sachs geb. Wabe. 12. Schlosser R. F. Gross in Grevesmühlen und A. W. Th. Käbing in Berlin. Arbeiter F. Heidemann und Fr. H. Wilbers, beide in Rützingen. Arbeiter F. J. H. Lembke und A. M. C. Fust in Kupensdorf. Handlungsgehilfe F. J. A. Lamm in Ewindebeck und M. S. R. Niedede. 13. Handlungsgehilfe F. K. Schlegel und W. M. C. Rothe. Kaffeehaushalter A. F. H. van Dnt Soerewyn und F. F. C. Dross, beide in Rotterdam. Tapeziergehilfe Fr. Huber und G. F. Peterien in Kappeln. Schmied F. H. W. Köhler und Witwe A. Chr. Fr. Schuldt geb. Reichert. Malermeister R. L. G. Wiebecke und F. M. C. Stamer. 14. Arbeiter W. H. A. Lübker und F. M. C. Helmreich in Gadenburg. Schauspieler G. F. K. Weug in Breslau und F. M. C. Werner in Friedrichshagen. 15. Kellner H. Ewiehaus und F. R. Kintler in Neumünster. Arbeiter A. F. L. Schläger und G. F. Schütz. Schlosser G. F. J. Däler und G. D. R. Ch. Sommer. 16. Bureaueingehilfe G. R. Chr. Helms und K. C. M. Fegbeutel.

### Cheflichungen.

12. Dezember. Straßenbahnkassierer K. H. Nevermann und K. L. D. Böge. Langzeiger B. H. Schnack und G. S. L. Dohle. Handlungsgehilfe D. F. J. Wasch und G. M. M. Michaelssen. Straßenbahnwagenführer F. W. Stieghorst und P. M. Schöning in Oldenburg. 14. Kutscher W. H. A. Wasow in Kurau und G. Kömmling in Dissa. 15. Eisenbahnarbeiter F. F. W. Kost in Moising und A. K. F. Sverhmann in Schönböcken. Buchhalter G. K. Scheuerfeld und Witwe R. D. Blum geb. Hammerich. 16. Möbeltransporteur A. F. M. Weinrich und A. R. Borrath. Kaufmann F. K. L. Appel und R. H. R. F. Steen, beide in Schöneberg bei Berlin. Eisenbahn-Diätar F. J. H. Kapberg und S. D. Dahl. Arbeiter G. A. H. Düncker in Altona und G. D. M. Gartenstein. Arbeiter F. R. Wilh. Meyer und Witwe S. J. M. Friedrichs geb. Köstlin. Arbeiter K. W. Schuldt und D. R. Wurzfeldt. Versicherungsbeamter A. J. M. Bethge und A. K. A. Möller.

### Storbefälle.

8. Dezember. Ein totes Kind, B.: Arbeiter K. H. A. Meier, Stockelsdorf. 9. Früherer Schmiedgehilfe B. F. C. Wehrich, 76 J. M. L. geb. Jürts, Witwe des Arbeiters G. C. Grage, 82 J. (Vorwerk). 10. Klempner F. F. Ch. Meyer, 72 J. M. C. D. geb. Horstmann, Witwe des Zimmermannes C. C. O. Waschmann, 84 J. F. M. Krämer, 29 J. A. W. C. geb. Brasch, verw. Wengel, Ehefrau des Arbeiters G. F. Wuschow, 54 J. 11. Ein in der Geburt verstorbenen Knabe, B.: Arbeiter W. J. L. Miendorf. K. O. R. Burmeister, 1 J. 12. O. Busch, 11 Std. M. Albrecht, 2 Mt. Privatmann G. F. Berner, 75 J. Kornwäger F. F. S. Benthien, 70 J. J. C. C. geb. Truberg. Witwe des Kaufmannes F. von Borgen, 67 J. Dufner G. F. Wilken, 39 J. (Griebenhagen). A. D. geb. Forberg. Ehefrau des Bäckermeisters R. A. R. Claus, 47 J. C. F. geb. Köpcke, Ehefrau des Postleiters G. A. Fischer, 27 J. 13. J. A. A. Dloff, 5 J. F. L. C. Schlüchting, 24 J. 14. W. H. J. Radow, 2 J. (Miendorf im Lübbchen). F. R. F. Wols, 1 J. Ein Mädchen 11 St. B.: Eisenbahn-Wagenschieber G. Ch. H. Bardenhagen. Bahnwärter a. D. F. Ch. L. Dohr, 74 J. C. C. D. geb. Waus, Witwe des Präparators F. C. Bordenmann, 82 J. W. G. Simon, 7 Mt. U. M. H. Molde, 3 J. K. geb. Kuta, Witwe des Altenleiters B. Knurra, 68 J. 15. H. J. L. Duade, 1 Mt. Arbeiter G. F. Schmidt, 86 J. Privatmann F. A. G. Clasen, 78 J. A. M. M. Stieger, 11 Mt. Arbeiter G. F. H. Rubien, 27 J. 16. Schmied F. H. Ch. F. Ross, 81 J.

### Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:  
W. M. . . . . 4,66 Mt.  
Lubeca-Werke auf 7 Sammelkästen . . . 66,17 „  
Aus Anlaß der Bürgerfahrgewahl . . . 2 „  
Freie Turner gef. bei Fr. Busch . . . 1,50 „

Das Parteisekretariat.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Wener u. Co.  
Sämtlich in Lübeck

Sonnabend morgen entschlief sanft in Lübeck unser lieber Vater und Schwiegervater

### Friedr. Patau

aus Groß-Varin im 57. Lebensjahre.  
Tief betrauert von den Seinen.

### Friedr. Patau und Frau,

geb. Krüger.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 20. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Henefeld aus statt.

Unterm Sangesbruder Hans Oeffke und Frau zur Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
Gesangsverein Eintatheit.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer goldenen Hochzeit dankt herzlich  
Mort. Wilh. Beth und Frau.

Zu verkaufen hübsche große Puppe  
Sadowastr. 17.

Gesucht zum 1. April eine Dreizimmer-Wohnung (Postentor-Nord).  
Off. u. N O an die Exp. d. Bl.

### Geübte Anlegerin

zu sofort gesucht.  
Buchdruckerei  
Werner & Hörnig,  
Königstraße 47.

### Eine tüchtige Plätterin

f. Mittwoch u. Donnerstag gesucht.  
Weiter Lohbera 9.

Ein starker Kinderblockwagen zu kaufen gesucht.  
Ana. u. K E an die Exp. d. Bl.

Eigene Stühle mit Tisch zu kaufen gesucht. Angeb. unter K T an die Exped. d. Bl.

### Eine Saitenharmonika

zu verkaufen abends nach 6 Uhr.  
Sadowastr. 11, part.

### Ein großer Kinderstuhl

zu verkaufen.  
Lühowstr. 2.

### Ladentisch u. Reol

zu verkaufen.  
Näheres Seaeberastr. 21. v.

Billig zu verkaufen eine fast neue Kerbfäge u. Stamm. Petroleummaschine.  
Krausestr. 7a.

Ein noch gut erh. Falot für Herrn im Alter von 18-20 Jahren billig zu verk. Klappenstr. 17a. v.

### Kanarienvogel

gebe ab von meiner Selbstzucht in jeder Preislage. Die Vögel geben in Hobls, Klingenroller, weiche Flöt. usw. Auch verschiedene Waldvögel und Bastarde. W. Sien,  
Lübeck, Auaustentstraße 6.

### Ein gut singend. Kanarienhahn

zu verkaufen Fävesenstr. 21. I.

Zum Weihnachtsgest  
nehme Bestellungen auf fette Gänse (10-15 Pfd. schwer), Pfd. 65 Pfg., bis Mittwoch abend entgegen.  
C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

### Bilder

werden sauber u. billig eingerahmt.

### B. Staben, Glasermeister.

Füchtlingstraße 37.

Die Verlobung mit Fräulein Klara Schröder aus Bremen ist hiermit aufgehoben.  
Willy Meyer.

### Zugelaufen

ein großer Wolfshund schwarzer Form bei Lübeck, Bogenstr. 9a.

Bei mir kann Fleisch geräuchert werden, a Schwein 3 Mt., kleines billiger.  
Joh. Haase,  
Bohrstraße-Stockel-dorf.

### Gesucht 3000 Mark

guter Mittelposten in ein Haus der Fischergrube.  
Off. u. M E an die Exp. d. Bl.

### Hasenfelle,

Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.  
**Pferdehaare,**  
Mähnen, Kuhschweifhaare  
kault zu höchsten Preisen  
J. L. Würzburg, Walmstr. 22a.

### Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage empfohlen

### J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Exeditionsgeschäft Fischerstr. 52.

### Puppen-Klinik.

Sämtliche Reparaturen gut und billig.  
Kupferstraße 10.

### Geschlechtsverkehr

und Geschlechtskrankheiten.

Von Dr. C. Gebert.  
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.  
Zu beziehen durch die

### Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.





## Der Segen der Reichsversicherungsordnung für die Bergarbeiter.

Eine stürmisch verlaufene außerordentliche Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins fand am 11. Dezember in Bochum statt. Sie hatte Stellung zu nehmen zu den durch das am 1. Januar 1912 Inkrafttreten des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung hervorgerufenen notwendigen Satzungsänderungen. Um den mit dem Knappschaftswesen weniger Vertrauten die Sache verständlicher zu machen, sei folgendes vorausgeschickt: § 1322 der R.V.O. bestimmt im ersten Absatz, daß sich die von den Knappschaftsvereinen den Hinterbliebenen der Bergarbeiter zu gewährenden knappschaftlichen Leistungen um den halben Wert der reichsgesetzlichen Bezüge der gleichen Art ermäßigen, daß letztere also zur Hälfte auf die knappschaftlichen Leistungen aufgerechnet werden. Diese Vorschrift ist zwingend; nur ist daran die Bedingung geknüpft, daß dann die Beiträge zur Pensionkasse entsprechend ermäßigt werden müssen. Absatz 2 dieses Paragrafen gestattet den Knappschaftsvereinen in ihren Satzungen zu bestimmen, daß weniger als die Hälfte oder gar nichts aufgerechnet wird.

Die Werksbesitzer im Bochumer Knappschaftsverein wollen unter allen Umständen von den Bestimmungen des § 1322 Absatz 1 Gebrauch machen, während die Arbeitervertreter auf dem gegenteiligen Standpunkt stehen und verlangen, daß beide Renten voll den Hinterbliebenen der Knappschaftsmitglieder gezahlt werden sollen.

Die Overtüre des Kampfes zwischen den Arbeitervertretern und Werksbesitzern war am 28. September dieses Jahres. Die Unternehmer haben bei an diesem Tage stattgefundenen Vorstandssitzung des Vereins den Antrag unterbreitet, die Beiträge zur Pensionkasse für die Arbeiter und die Werksbesitzer um je einen Pfennig pro Woche zu ermäßigen. Die Arbeitervertreter im Vorstand, die sämtlich dem Bergarbeiterverbande angehören, lehnten diese Beitragsermäßigung ab. Hierüber hat nun entsprechend den berggesetzlichen Bestimmungen das Oberbergamt zu entscheiden.

Da aber, wie schon bemerkt, durch das Inkrafttreten des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung sich eine Satzungsänderung nötig machte, mußte eine Generalversammlung des Vereins darüber stattfinden. Die Werksbesitzer hatten der Generalversammlung einen Entwurf zur Satzungsänderung unterbreitet, in dem mit keinem Wort von der Aufrechnung der Hinterbliebenenrenten geredet wurde, bei dessen Annahme die Aufrechnung aber doch eintreten mußte. Die Arbeitervertreter hatten ebenfalls Anträge eingereicht, die verlangten, daß beide Renten voll gezahlt werden. Die dem Bergarbeiterverbande angehörenden Ältesten, die mehr als Dreiviertelmajorität sämtlicher Arbeitervertreter haben, hatten außerdem noch eine Reihe weiterer Anträge zur Verbesserung des Knappschaftswesens gestellt.

Das Ergebnis der Generalversammlung war vorauszu sehen. Die Werksbesitzer hatten schon in der Vorstandssitzung erklärt, daß sie nicht einwilligen, die Forderungen der Arbeitervertreter zu erfüllen. Dagegen waren die dem Bergarbeiterverband angehörenden Klassenvertreter entschlossen, in dieser Frage nicht nachzugeben. Die hiervon etwa abweichende Haltung der den anderen Organisationen angehörenden Arbeitervertreter konnte außer Betracht bleiben, da sie an dem Ergebnis der Abstimmungen nichts ändern können.

Die dem Bergarbeiter-Verbande angehörenden Arbeitervertreter brachten für den Fall, daß ihre Anträge abgelehnt wurden, zu Beginn der Generalversammlung noch ein Amendement zum Werksbesitzerentwurf ein, durch das dieser dahin abgeändert werden sollte, daß die Aufrechnung der reichsgesetzlichen Hinterbliebenenrente auf die knappschaftlichen Lei-

stungen nicht eintreten, sowie eine weitere Bestimmung des Entwurfes verbessert werden sollte.

Die Anträge der Arbeitervertreter wurden von deren Wortführern eingehend begründet. Die Werksbesitzer bekamen auch manche für sie recht bittere Wahrheit zu hören. Der Verhandlungsrat erinnerte die Herren daran, daß sie ihr Wohlleben nur dem Fleiße der Bergarbeiter zu verdanken hätten, und darum müßten sie umso mehr bereit sein, deren berechtigete und erfüllbare Forderungen zu erfüllen. Linke machte die Werksbesitzer darauf aufmerksam, daß, wenn sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrten, die Bergarbeiter ihre Schlüsse daraus ziehen würden.

Der christliche Arbeitervertreter Klein führte aus, daß er jedes Vertrauen zum preussischen Handelsminister verloren habe, nachdem er mißte, daß dieser den Knappschaftsvereinen die Anregung zu der Aufrechnung der Hinterbliebenenrenten gegeben habe. Er beschwor die Unternehmer, von ihrem ablehnenden Standpunkt abzulassen, denn die geringe Beitragssparnis stände in gar keinem Vergleich zu der Erregung, die sich der Bergarbeiter bemächtigen würde, wenn die Aufrechnung durchgedrückt würde. Ähnlich sprach der Vertreter der polnischen Berufsvereinigung. Es war aber alles vergebens!

Nachdem die Arbeitervertreter ihre Anträge begründet, erhob sich der Werksbesitzer Bergassessor Klein-Dortmund und verlas eine lange Erklärung der Werksbesitzer, deren kurzer Sinn war, daß die Unternehmer die Anträge der Arbeitervertreter ablehnen würden.

Jetzt brach das Gemitter los! Wie auf Kommando donnerte dem Werksbesitzer aus 494 Arbeiterstimmen ein Pfui entgegen. Dann schritt der Vorsitzende Geh. Bergrat Dr. jur. Weidmann zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Zunächst wurde abgestimmt über den Entwurf der Werksbesitzer, den die Arbeitervertreter einstimmig ablehnten. Dann wurde abgestimmt über den Werksbesitzerentwurf mit dem Amendement der Bergarbeitervertreter. Hierfür stimmten die Arbeitervertreter geschlossen, während die Werksbesitzer ebenfalls geschlossen dagegen stimmten. Das löste wieder einen Sturm der Entrüstung und Wutrufe bei den Arbeitervertretern aus. Dann wurde über die sonstigen Anträge der Arbeitervertreter abgestimmt, die alle nacheinander von den Unternehmern abgelehnt wurden. Für jede Ablehnung heimstern sie das donnernde Pfui der Arbeitervertreter ein. Dann wurde die völlig resultatlos verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Ähnlich wie die Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins verlief die am 2. Dezember stattgefundene Generalversammlung des Saarbrücker Knappschaftsvereins. Allerdings mit dem Unterschiede, daß die dortigen christlichen Arbeitervertreter sich weniger despektierlich gegen ihre „Brotherren“ benahmen. Dafür werden sie aber auch weniger respektvoll von den Werksbesitzern behandelt, denn die Generalversammlung war über ihre Köpfe hinweg von den Unternehmern allein einberufen worden. Der Antrag der Arbeitervertreter, die Hinterbliebenenrenten nicht aufzurechnen, wurde auch dort abgelehnt, worauf die Arbeitervertreter ebenfalls die Vorlage der Werksbesitzer ablehnten. Also auch diese Generalversammlung verlief ergebnislos. Im Saarbrücker Knappschaftsverein ist der preussische Bergfiskus ausschlagend.

Die „christlichen Abgeordneten“, allen voran der ehrenwerte Franz Behrens, werden wohl bald einsehen, was sie angerichtet haben, als sie die sozialdemokratischen Anträge zur Reichsversicherungsordnung bekämpften und niederstim-

men halfen. Die Schuld an dem den Bergarbeitern zugefügten Schaden tragen diejenigen, die das Gesetz beschlossen haben. Und die faule Ausrede des „christlichen“ Bergknappens, das Zentrum und die „christlichen“ Arbeiterabgeordneten hätten die Gefährlichkeit des § 1322 der Reichsversicherungsordnung nicht erkannt, ist nutzlos, damit wird der Schaden nicht repariert. Abgesehen von dem nicht möglich ist, solche klaren Gesetzesbestimmungen zu kapieren, soll sich nicht als „Volksvertreter“ wählen lassen und die Wähler sollen nicht den Unfug erleben, solche entweder unwissenden oder unehrlichen Menschen mit dem höchsten Vertrauensamte zu beehren!

## Gewerkschaftsbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften. Der Blumenarbeiterverband zählte am Schlusse des 3. Quartals 1041 Mitglieder. Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband erhöhte seine Mitgliederzahl im 3. Quartal 1911 von 44559 auf 46299 oder um 1740. Die Mitgliederzahl des Fleischerverbandes stieg im 3. Quartal von 4451 auf 4908. Der Gastwirtschaftlichenverband steigerte seine Mitgliederzahl im 3. Quartal von 12095 auf 13405. Der Gemeindearbeiterverband steigerte im 3. Quartal seine Mitgliederzahl um 1747 auf 44869. Die Mitgliederzahl des Verbandes der Lithographen und Steinrunder betrug am Schlusse des ersten Halbjahres 17108 sowie 2639 Mitglieder der Lehrlingsabteilung, 523 bisherige Mitglieder der Lehrlingsabteilung hatten im Quartal ihre Lehrzeit beendet und wurden als vollberechtigte Mitglieder des Verbandes überschrieben. Der Schneiderverband zählte am Schlusse des 3. Quartals 45519 Mitglieder, davon 8848 weibliche. Der Schuhmacherverband 45489. Eine erfreuliche Zunahme an Mitgliedern hat im letzten Jahre der Steinarbeiterverband zu verzeichnen. Er schloß das 3. Quartal ab mit einem Mitgliederbestand von 28076 Mitgliedern, das ist gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres eine Zunahme von 7036 = 25,4 Proz. Die Mitgliederzahl des Tapeziererverbandes betrug am Schlusse des 3. Quartals 9720.

## Soziales.

Pilsener Urquell. Anton Sinclair hat in seinem aufsehenerregenden Werke „Der Sumpf“ eine Schilderung der Zustände in den Schlachthöfen Chicagos gegeben, die Grauen und Entsetzen erregte. Lebendig trat den Lesern vor Augen die Ausbeutung, die Verklaffung, die Unterdrückung der dort beschäftigten Arbeiter und die ekelregende Unsauberkeit der Betriebe. Ein solcher Sumpf im kleineren Maßstabe ist die „wüchermische“ Bierstadt Pilsen und zwar sowohl die zwei Brauereien in Betracht kommen, die den Liebhaber des echten Pilsener Bieres, den „Urquell“ und „Kaiserquell“ liefern: das „Bürgerliche Brauhaus“ und die „Erste Pilsener Aktienbrauerei“. Die Genossenschaftsbrauerei macht hiervon eine rühmliche Ausnahme. Was in diesen beiden Betrieben an Ausbeutung, Unterdrückung und Verklaffung der Arbeiter geleistet wird, reißt sich würdig den Schilderungen Sinclairs über die Chicagoer Schlachthofverhältnisse an. Lange Arbeitszeit, geringer Lohn, schlechte Behandlung, Strafen nach Willkür, und dazu eine Unsauberkeit, wie sie vor allen Dingen nicht in Brauereien vorhanden sein sollte. Die Arbeitszeit ist 11-12 Stunden, sehr oft noch länger, und außerdem so eingeteilt, daß die freie Zeit immer kurz ist; Beginn und Ende der Arbeitszeit liegen innerhalb 15, 16 und mehr Stunden. Aber Stunden werden nicht bezahlt, dafür gibt's Freidier. Angetrieben

## John Wells.

Erzählung von Friedrich Verstäcker.

I.

Am Fourche la save, einem kleinen klaren Fluß, der sich von Nordwesten herunterkommend, in den Arkansas ergießt, lag ein geräumiges, gut behauenes Blockhaus, das von einem Amerikaner mit seiner Frau und zwei Knaben, der eine sieben, der andere neun Jahre alt, bewohnt wurde.

Der Mann hieß John Wells und wurde in einem Lande, wo jeder Ansiedler sich mit der Jagd beschäftigt, ja der dritte Teil der Bewohner in jener Zeit fast nichts tat, als mit der Büchse auf der Schulter im Wald umherzuziehen, nichtsdestoweniger mit besonderer Auszeichnung der Jäger genannt; und wenn irgend jemand in der Welt auf den Namen Anspruch machen konnte, so war er es.

Schon in seinem ganzen Auhern hatte er einige Ähnlichkeit mit dem roten Sohn der Wälder, dem Indianer, mit dem er jedoch jede Verwandtschaft ableugnete. Er ging am liebsten im bloßen Kopfe, das lange, schwarze, straffe Haar von einem dünnen Tuch oder noch häufiger einem Streifen, Bast zusammengebunden, den Hals bloß, und Jagdhemd, Leggins und Moccasins, in deren Verfertigung er Meister war, von selbstgegerbtem Leder.

Niemand übertraf ihn im Folgen einer Fährte oder im Auffinden eines Honigbaums, im Anschleichen eines Wildes oder in der nicht leichten Kunst, das Erlangte oder Gefundene einzupacken. In unglaublich kurzer Zeit wußte er mit seinem kleinen „Skalpiermesser“ — wie diese Art Waffe oder Jagdmesser auch bei den weißen Ansiedlern heißt — den Fährten kunstgerecht abzutreiben, zu rasieren, die verschiedenen Öffnungen zu unterbinden und einen vortrefflichen Saft herzustellen, um Bärenfett oder Honig oder was sonst darin zu transportieren. Der Wolf, das Scheuflie und schlimmste Tier des Waldes, fand in ihm seinen gefährlichsten Gegner, und Fuchsotter und Biber konnten der Lockung, die er ihnen stellte, nicht widerstehen, wenn sie auch bei allen anderen gleichgültig blieben. Und wo es nun erst galt, den Winterplatz eines Bären aufzufinden und an der rauhen Rinde der Wälder die Spur des Hinaufgelegenen zu entdecken, da gab es kein besseres Auge in der Gegend als das seine. Und so mit der langen Büchse, die fünfzig Kugeln auf Pfund schloß, auf der linken Schulter, die linke Hand nachlässig darüber hingeworfen, glitt er mit seinem halb schwebenden, aber unbehilflich aussehenden Gang, durch Instinkt fast mehr als Aufmerksamkeit auch das geringste,

unbedeutendste Geräusch vermeidend, und von einem grauen kurzhaarigen Hund ebenso vorsichtig gefolgt, rasch und wie ein Schatten durch den Wald, und die meißt auf dem Boden haftenden Augen, denen nicht eines Blattes gestörte Lage entging, schweiften dabei ohne Unterlaß auch nach rechts und links hinüber, um jeden herbströten Busch, jeden sich im Winde regenden Zweig flüchtig, aber genau zu mustern.

Seine Gestalt war schlank und sogar schwächling zu nennen, aber sie war auch biegsam und gemandt, und im Laufen, Springen, Klettern suchte er seinen Meister; jedoch prägte er nie mit diesen Dingen und hielt sie für etwas Natürliches, wie das Gehen. Jeder Hund konnte ja noch rascher laufen, als er, jeder Fuchs weitere Sätze machen, jeder Panther besser und schneller auf einen Baum hinaufkommen. Wie durfte er sich da solcher Sachen rühmen?

Sonst war er still und abgeschlossen für sich selbst, wortfarg, und selbst wenn er sprach, redete er fast niemals laut, als ob er immer fürchte, irgendein Stück Wild dadurch zu verschrecken. Wirklich lachen aber tat er nie, und nur wenn er sich über irgend etwas recht freute, hoben sich seine Augenbrauen in die Höhe und seine Augen glühten wie ein paar Kohlen darunter hervor.

Die Nachbarn hatten ihn übrigens gern, obgleich sie ihn auch wieder fürchteten, denn sie wußten, wie weit er ihnen in allem überlegen war, was ihr wildes Leben betraf. Ja ein Gerücht brachte ihn einmal selbst mit jener Rottie von Pferdodieben in Verbindung, die in früherer Zeit Arkansas heimgesucht hatte und erst von den rasch gebildeten Regulatoren zerstreut oder aufgerieben wurde. Man gab ihm damals in der Tat zu verstehen, er würde besser tun, den Staat zu verlassen, um unangenehmen Erörterungen auszuweichen. Wells aber ging nicht. Konnte ihm wirklich etwas vorgeworfen werden? Niemand erfuhr es. Beweise tauchten nicht gegen ihn auf, keiner der eingefangenen und bestrafte Verbrecher jagte gegen ihn aus, und der Jäger baute nach wie vor sein kleines Maisfeld und jagte in den Bergen nach allen Richtungen hin, bald zu Fuß, bald zu Pferd, oft wochenlang umher, ohne sich an irgend jemand von seinen Nachbarn weiter zu kehren.

Seine Frau blieb in solcher Zeit mit den Knaben allein im Wald; aber die Frauen der Backwoods sind daran gewöhnt. Wenn auch einmal der Panther nachts in der Nähe der Hütte schreit oder die Wölfe den Platz umheulen, in Schußnähe getrauen sich die klugen Bestien doch nicht. Und selbst in solchen Fällen würde das im Wald aufgezogene Weib den über dem Kamin auf zwei Stam-

mern liegenden Keifel sicher genug zu führen wissen, um die allzu fetten Schweineränder zu treffen, und dabei an Gefahr nicht denken.

Es war eine nicht mehr ganz blühende, aber noch recht hübsche Frau von einigen dreißig Jahren, mit dunklem vollen Haar, recht klaren braunen Augen und so lebendigem Temperament, daß sie einmal sogar daran dachte, ihren Mann zu bewegen, aus dem Wald hinaus in die Stadt zu ziehen, wo sie mehr Umgang mit ihresgleichen haben konnte. Das aber fiel Wells natürlich nicht ein. Für ihn gab es nichts Fataleres auf der Welt, als auf eine Fenz zu treffen und Leuten zu begegnen, und wenn er nur eine menschliche Fußspur draußen im Wald traf, teilte nicht selten ein halbblut gemurmelter Fluch seine Lippen. Wie sie nun länger verheiratet waren und die Knaben heranwuchsen, gab Wells, wie die Frau hieß, den früher gefaßten Gedanken auch leicht wieder auf. Der Wald war ja doch einmal ihre Heimat, und in der mußte sie nun schon bleiben.

Wells war den Tag über auf der Jagd gewesen und vor der Tür hing ein stattlicher Bock, den er auf seinem kleinen Pony mit nach Haus gebracht. Er selber saß in der Hütte und schnitzte seinem ältesten Jungen aus einem Ende des Geweihs ein recht wackeres für seine kleine Büchse, die der Knabe schon recht locker führen konnte. Die Frau stand an dem großen Baumwollen-Spinnrad und spann.

„Hallo the house!“ rief da eine Stimme von draußen den bekannten Anruf von der nächsten Fenz, an der ein schmaler Pfad vorbeiführte, herüber.

„Hallo, Fremder!“ rief Wells zurück, mit seiner Arbeit aufstehend und in die Tür tretend, wo er draußen einen Reiter erkennen konnte, „steigt ab und kommt herein.“

„Dank Euch!“ sagte der Mann; „kann ich hier die Nacht bleiben?“

„Ich denke so; kommt ins Haus.“

Weiter war nichts nötig; der Fremde stieg vom Pferd, nahm seinen Sattel ab, den er auf die Fenz legte, warf den Bügel seines Tieres über die äußersten Enden der oberen Fenzriegel. Stellte seine Büchse dann über die Fenz hinüber und kletterte nach, wo er, seinen Keifel auf der Schulter, den nächsten Weg zur Haustür einschlug.

„Wie geht's, Fremder?“ fragte Wells, ihm zum Gruß die Hand reichend; „nehmt einen Stuhl und setzt Euch zum Feuer, gebt mir Eure Büchse, ich will sie dort mit über'n Kamin legen — hm, ist ein gutes Gewehr — liegt vortrefflich!“ — Wells hatte kein Messer und das Stück Hirschhorn aus der Hand gelegt und zielte mit der Büchse aus der Tür hinaus nach einem Blatt. (Fortsetzung folgt)

werden die Arbeiter, bis zum äußersten und Antreiber glöcklich genug. Sonntagsruhe besteht nur für einige Kategorien. Der Lohn für ungelernete Arbeiter beträgt 71,40 bis 76,50 Mk. monatlich, jüngere Leute werden schon mit 51 bis 59,50 Mk. eingestellt. Die Löhne der ungelerneten Arbeiter sind noch schlechter. Dazu kommt, daß jeder der vielen Vergelehten das Recht hat, jeden Arbeiter eigenmächtig zu bestrafen in Höhe eines halben Tagelohns pro Woche. Und Strafen werden wegen Kleinigkeiten verhängt. Bei den Mälzern ist das System der Remunerationen eingeführt: es werden ihnen Abzüge vom Lohne gemacht, die am Schlusse der Mälzereikampagne unter gewissen Bedingungen ausbezahlt werden sollen. Aber die Bedingungen sind so und werden so gehandhabt, daß die wenigsten Mälzer die Remuneration, das heißt ihren verdienten und einbehaltenden Lohnanteil, bei ihrem Abgang erhalten; von 88 Mann waren es im vergangenen Jahre in der Aktienbrauerei nur sechs. In diesen „weltberühmten“ Bierfabriken besteht allerdings auch noch von altersher ein Stück „patriarchalisches Verhältnis“, und es paßt zum Ganzen. In solchen, von Schmutz harrenden Schlafzimmern hausen die Arbeiter. Alte ausgemusterte Militärbettstellen sind als Schlafstätten aufgestellt und darauf recht schmutzige und verwahrloste Strohsäcke, kein Leinentuch, keine Wölster, eine alte, lumpige Bierdecke, von der bei der geringsten Lüftung überdringende Staubwolken aufwirbeln. Der gleiche Raum dient auch als Speiseraum und als Trockenkammer für die nassen Schuhe und Kleider, so daß in diesem „Schlafzimmer“ ein Gestank herrscht, daß ein Mensch, der nicht immer betrunken ist, es nicht lange darin aushalten würde. In solchen Räumen schlafen oft 20 bis 30 Leute zusammengepfercht. Und diese Arbeiter, die in solchen Schweinehöhlen schlafen, essen und ihre freie Zeit zubringen müssen, schaufeln das Malz um, selgen in die Maischpfaunen, in die Gärkottiche und Lagerfässer, dieselben Arbeiter erzeugen das weltberühmte „Pilsener“. Die Behandlung der Arbeiter ist unter aller Kanone; Schimpfnamen regnet es nur so. Der Wechsel im Personal ist ein großer. Aber diejenigen, die dort sitzen geblieben sind und sich eingelebt haben, spüren das Entwürdigende der ganzen Verhältnisse wohl kaum; sie sind ganz verflochten. Man sieht es den ausgeemagerten Gesichtern an, daß sie sich von dem Lohn nicht sattessen können. Da muß dann das Bier nachhelfen und Freibier wird um so mehr konsumiert, je magerer die Kost, um den Mangel an Nährstoffen durch Bier zu ersetzen. Dadurch verjümpfen die Leute total, aber so trinken sie sich in den Zustand hinein, wie man sie zur Ansehung braucht. Und es ist sehr schwer, sie aus ihrer Verhärte aufzurütteln, damit sie sich endlich gegen die Ausbeutung, die systematische Verwahrlosung und Verelendung zur Wehr setzen. Es ist dies um so schwerer, als die Lektüre dieser Leute Mänergeschichten oder nationale Heldentaten sind, so daß der schon bestehende Nationalhaß zwischen Deutschen und Tschechen noch mehr geschürt wird. Und die Vorgesetzten bemühen sich auch, keine Eingetragenen aufkommen zu lassen. Dieser Zustand ist den Betriebsleitungen um so angenehmer, denn wenn die Arbeiter bei der Verjümpfung sich noch gegenseitig auf schärfste bekämpfen, dann haben die Unternehmer gute Ruhe vor Forderungen der Arbeiter. Die Organisation der österreichischen Brauereiarbeiter, die diesen Zuständen ein Ende machen könnte, wird in den Betrieben nicht geduldet, und die Zustände sind den Organisationsfeinden äußerst günstig. Es scheint fast, als ob es noch lange dauern sollte, ehe die Organisation die so notwendige Kulturarbeit in diesen Betrieben beginnen kann. Aber die Kennzeichen des „Arquell“ und „Kaiserquell“ dürften schließlich auch ein Interesse daran haben, unter welchen sozialen und hygienischen Verhältnissen ihr Gießlinggebräu hergestellt wird, das, wie das Verbandsblatt der österreichischen Brauereiarbeiter schreibt, heute vor anderen Bieren „gar nichts mehr voraus hat, als die hohen Preise und die Erzeugung unter den schmutzigsten und miserabelsten Verhältnissen“.

### Eine Landwehrübung.

Im Juli dieses Jahres brachte das Bochumer „Volksblatt“ einen Artikel: „Die Behandlung unserer Volksgenossen im bunten Rock“, der einige Verordnungen bei der 2. Landwehrkompanie des 7. Brandenburgischen Infanterie-Regim.,

Markgraf Carl Nr. 60, in Weisenburg (Ostf.) behandelte. In dem Artikel hieß es, daß einer Anzahl Landwehrlente aus der Stadt Bochum, die bei der genannten Kompanie eine Übung abgeleistet hatten, dieser Aufenthalt durch das Ausstreuen des Leutnants Breith und des Witzfeldwels Rischewski arg verleidet worden sei. Die Kolonnen „Folioten“, „Oberochsen“, „Wengels“ und andere mehr seien dem Leutnant sehr geläufig gewesen. Auch der Feldwebel habe einmal beim Dienste gesagt:

„Merks, Ihr seid so schlapp. Ihr glaubt wohl, es nicht nötig zu haben. Ihr müßt exerzieren, bis Ihr umfallt; Ihr seid nicht die ersten, die ich um die Ecke gebracht habe!“ — Und weiter: „Wenn ich könnte, wie ich wollte, so schick ich Euch, daß Euch die rote Suppe aus dem Munde käme!“

Bei einer Feldübungsübung habe der Major Funk einem Hauptmann zugerufen: „Schleifen Sie die Galunken!“

Ferner wurde in dem Artikel gesagt, daß die Verpflegung viel zu wünschen übrig gelassen habe. „Als die Mannschaften nach langer nächtlicher Eisenbahnfahrt des Morgens um 7 1/2 Uhr in der Kaserne eintrafen, erhielten sie nicht einmal Kaffee, geschweige denn sonst irgend etwas zur Erfrischung. Verschiedene Mannschaften beklagten sich über das viele Ungeziefer, das in der Kaserne haufte.“ Der Artikel schloß mit der Empfehlung an die Militärbehörde, eine eingehende Untersuchung dieser Angelegenheit zu veranlassen.

Diese Untersuchung bestand darin, daß die Militärbehörde gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volksblattes“, Genossen Pierenkämper, einen Strafantrag stellte, dem die Staatsanwaltschaft bereitwillig Folge gab. Durch den Artikel wollten der Major Galus, der Major Funk, der Leutnant Breith und der Witzfeldwebel Rischewski beleidigt sein. Die Bochumer Strafkammer hatte sich infolgedessen am Montag mit der Angelegenheit zu befassen. Außer einer Anzahl Offiziere waren 14 Landwehrlente der Kompanie geladen.

Die Beweisaufnahme gestaltete sich sehr interessant und beleuchtete in der greiflichsten Weise die unwürdigen Zustände, die „unser“ heutiges Militärsystem züchtet. Major Funk, der das Landwehrbataillon geführt hatte, erklärte unter seiner Eide, daß er die Worte „Schleifen Sie die Galunken!“ in bezug auf die Landwehrlente ganz bestimmt nicht gebraucht habe. Nach einigem Zögern meinte der Herr Major dann, die Möglichkeit, daß solche Worte gefallen seien, liege allerdings vor, aber sie hätten „höchstens“ den aktiven Mannschaften gegolten. Diese Erklärung wiederholte Major Funk dann noch mehrfach mit großem Nachdruck, als wenn er gewissermaßen bekunden wollte, daß eine solche Beziehung aktiver Mannschaften eine Selbstverständlichkeit sei.

In der Beweisaufnahme bestätigten dann zehn Zeugen — auf vier Zeugen wurde verzichtet —, daß der Artikel des „Volksblattes“ in allen Einzelheiten der Wahrheit entspräche. Die Zeugen bekundeten in voller Übereinstimmung, daß die Ausdrücke „Oberochse“, „Foliot“, „Wengel“ und andere dem Leutnant Breith sehr geläufig gewesen seien. Der Leutnant habe auch ungeniert Anspielungen, die sich auf homöopathisches Gebiet bewegten, gemacht.

Trotz wiederholten Vorhaltens des Vorliegenden wollten sich Leutnant Breith und der Feldwebel Rischewski auch angesichts der Bekundungen der Zeugen nicht erinnern, die fraglichen Äußerungen getan zu haben.

Bezüglich der Verpflegung bestätigten die Zeugen schließlich noch, daß das Essen schlecht gewesen sei, man habe es oft nicht genießen können. Fleisch habe es so gut wie gar nicht gegeben.

Die Beweisaufnahme war so erdrückend, daß selbst der Staatsanwalt erklärte, daß der Wahrheitsbeweis hinsichtlich der Schimpfwörter völlig geführt sei und eine Verurteilung deswegen nicht erfolgen könne. Beleidigend sei aber die Behauptung, die Verpflegung habe viel zu wünschen übrig gelassen. Der Vertreter der Anklage beantragte deshalb eine Geldstrafe von 300 Mark.

Das Gericht sprach den Angeklagten Genossen Pierenkämper frei. In der Urteilsbegründung hieß es: Das Gericht sei überzeugt, daß Major Funk, Leutnant Breith und Witzfeldwebel Rischewski die vom „Volksblatt“ wiedergegebenen beleidigenden Äußerungen getan hätten. Insbesondere habe das Gericht auch die Überzeugung gewonnen, daß Leutnant Breith und Feldwebel Rischewski häufiger beleidigende Ausdrücke gebrauchten. Der Wahrheitsbeweis sei insofern völlig geführt worden. Die Kritik über die Verpflegung der Mannschaften enthalte keine Beleidigung.

ung. Es sei gesagt, daß die Verpflegung zu wünschen übrig gelassen habe. Diese Auslassung bedeute nur subjektive Meinungsäußerung, aber keine beleidigende Äußerung. Der Angeklagte habe deshalb freigesprochen werden müssen.

Ob Major Funk, Leutnant Breith und Feldwebel Rischewski nunmehr wegen der Beleidigungen zur Rechenschaft gezogen werden?

### Aus Nah und Fern.

**Einrichtung eines Regers im Theater.** Aus Neu-Nordwest wurde in Jackson Missouri an die Bühne des Opernhauses vor geladenem Publikum der Musikpianist William Turner hingeführt, der einen reifen Mann ermordet hatte. Während man auf den Breiten einen Galgen errichtete, füllten sich Logen, Parterre und mit Zuschauern. Dann wurde Turner, ein alter Mann ergrauendem Haar, aus der Kutsche geführt. Stürmisch, wie er sonst einem Heldentenor zuteil wird, begrüßte ihn, vermischt mit Rufen nach einer Abschiedsrede. Zu ergreifen denn auch das Wort, bekannte seine Schuld nicht. „Sinen letzten guten Rat möchte ich allen Leuten schenken. Schwarzen wie Weißen, geben: Trinkt keinen Whisky. Dann verschwand Turner, den Strick um den Hals, in Verhaftung. Die Einrichtung sollte ursprünglich im Frühjahr stattfinden, da aber starker Regen begann, zog man mit Rücksicht auf die Zuschauer das Theater vor.

**Das versteigerte Amt.** Eine köstliche Geschichte passierte unlängst in Vattenbach (Bayern). Dort war der langjährige Volkseidener gestorben, und auf die ausgeschriebene Stelle meldeten sich nicht weniger als 35 Bewerber. Drei kamen in die engere Wahl, und jeder der drei Kandidaten erhielt fünf Stimmen. Da war nun guter Rat teuer: Gemeindevorwaltung wußte sich aber in salomonischer Weise zu helfen. Der wichtige Posten eines „Hüters der Ordnung“ wurde zur Versteigerung (1) ausgeschrieben, und Wenignehmende sollte ihn erhalten. Mit 70 Mark ließ sich ein Liebhaber den Posten ansehen; der Preis ging herunter bis auf 5 Mark. Diese wirklich geringe Wertung des Postens, den sein Vater so lange befehligt hatte, empörte anscheinend den Sohn des verstorbenen Volkseideners; denn plötzlich gab es ihm einen „Ruck“ und erklärte, er übernehme die Stelle ohne jede Vergütung. Da sich niemand fand, der auf die Stelle etwas darauf bezahlte hätte, erhielt er den Posten.

**Ein Sumpfwald in Kamerun.** Graf Eric v. Koenig, der Leiter der schwedischen Kongo-Kongo-Expedition, in den Sümpfen des Bangweulosees ein geheimnisvolles Sumpfwald aufgefunden und gibt über diese bedeutende Entdeckung einen vorläufigen Bericht in einem Schreiben an die „Amfchau“. Als er an dem Sumpf entlang ging, sah plötzlich auf dem Wechselland einige winzige kleine Grashütten die Wohnungen der Sumpfbewohner, die sich aber eilig flüchten und Binsen verdeckten, als sie die Fremden erblickten. „Ich ließ deshalb alle meine Leute zurückgehen und begab mich allein mit meinem Begleiter Fries auf den Sumpf. Die Hütten waren aus Wechselland gebaut und Boden selbst war in dem Innern der Hütte weich und schlammig. Von diesen Hütten sah ich einige andere weiter hin im Sumpfe, und da diese von brodelndem Schlamm umgeben waren, fühlten sich die Bewohner dort sicher und trachteten mich. Ich hielt einige Ketten schöner Perlen in der Hand, und nach halbständigem Warten kam ein Junge in einem Kanoe oder richtiger Wasserfischboje zu herüber.“ Graf Koenig hat systematische Sammlungen in diesen merkwürdigen Menschen begonnen, die im Schlamm und Morast sich häuslich eingetrichtet haben. Ich Sumpf völlig zurechtfinden und wie wirkliche Amphibien leben.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verteiger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Mener u. Sämtlich in Lübeck.

# Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Auf Erfolg rechnet, inserieren Sie im „Lübecker Volksboten“.

**Siegerin**  
"Palmelo"  
Mohra

**Arb.- u. Berufs-Kl.**  
J. H. Fein, am Markt  
Radtisch, Karstadt, Entin.  
K. Quinzer, Schwartzau, Markt 14

**Art. z. Krankenpfll.**  
F. W. Heyde, Königstr. 21

**Bäckerleien**  
Paul Barmann, Lohse, Lohse, 33  
J. Eixmann, 37  
H. Jergstorff, Warendörferstr. 33  
H. Kasch, 32  
W. Krause, Fackelb., Allee 57a  
Ad. Hinzemann, 37  
B. Plath, 37  
W. Steinhoff, Travemünde.

**Beerd.- u. Sarg-Tag.**  
Central-Beerdigungs-Institut  
A. Brodersen, Allee 17, Tel. 1361  
L. Hinzmann, Fackelb., Allee 57a  
C. Thiessen & Sohn,  
Wahstr. 71. Ober-garter Beerdigung  
L. Hinzmann, Fackelb., Allee 57a  
L. Hinzmann, Fackelb., Allee 57a

**Beschleierstatten**  
H. Fackelb., Gr. Eppendorferstr. 14  
Hansa, Beckergasse 51  
L. Hinzmann, Warendörferstr. 21

**Brauereien**  
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75  
Kieker Schloßbräu, H. A. Wulff, Untertrave 36  
Franz Langloß, Schwarzwasser, Allee 30  
Grenmaterialien  
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a  
L. Wellbraut, Rosenpark 10  
Butter-, Käsehdign.  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 9  
H. Müller, Fackelb., Allee 59  
W. Rockstein, Hülstr. 23  
Cacao, Chocol., Tee  
Lina Schwarz, Lübeck, Hülstr. 12  
Cigarrenhandlgn.  
A. Brauner, Lohse, Fackelb., Allee 45  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 9  
B. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hülstr. 23  
Paul Hinzmann, Seiditzstr. 11  
Jacob Meier, Warendörferstr. 13  
Conrad Rofke, Fleischschauerstr. 13  
Paul Tahl, Slavenstr. 8  
W. Hübner, Fackelb., Allee 57a

**Dampfwech., Plattanet.**  
W. Schöck, Verleth.-Institut, T. 1521  
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche  
Hansa, Fackelb., Allee 57a  
W. Krüger, Warendörferstr. 14

**Bezugsquellen-Verzeichnis**

**Drogerien**  
W. Hohenschild, Marienstr. 42c, T. 736  
Aug. Prösch, Mühlenstr. 33  
Julius Vogt, Germania-Drogerie, Hülstr., Ecke Ebnistr.

**Fahrräder, Nähmasch.**  
H. Benthien, Fackelb., Allee 53  
Deutsches Nähmaschinen-Haus  
Gustav Roth, Frister & Rothmann - Nähmasch.  
Franz Busse, Warendörferstr. 42  
R. H. Israel, Allee 31  
Heinr. Körner, Lübecker Fahrräder, Gr. Burgstr. 23  
St. Gertraud-Fahrradhaus, Gr. Burgstr. 23  
Erstklass. Räder u. Nähmaschinen billig  
Johs. Meyer, Königstr. 51  
Carl Petersen, Malente, Bahnhöfstr. 26  
H. Krohn, 71. Rep. Sämtl. Ersatz

**Farben u. Lacke**  
J. Becker, Dornestr. 29  
W. Hohenschild, Marienstr. 42, T. 736  
Ferd. Kayser, Breitestr. 81  
Aug. Prösch, Mühlenstr. 33

**Fleisch- u. Wurstw.**  
Hans Gerds, Elswegstr. 1a  
E. Aufschmitt, H. Aufschmitt  
Prima Fleisch- und Wurstawaren  
Chr. Gipp, Mollinger Allee 4  
Gothknecht, Gottlieb, Königsstr. 104  
Carl Joost, Beckergasse 51  
C. Klein, Pfaffenstr. 14  
W. Lemcke, An der Mauer 41a  
F. Körck, Kupferschmiedestr. 68  
H. Hübner, Fabrik mit elektr. Betr.  
Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 53  
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32  
H. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstaw.

**Friseure, Parfüm.**  
Johs. Kühn, Rätzweg, Allee 42a  
Galant-, Spielwar.  
C. Bilesath Wwe., Sandstr. 9

**Handels-Lehranst.**  
Privat-Handels-Institut  
Herm. Lips, Dankwärtersgrube

**Haus-u. Küchenger.**  
L. Baade, Lübeck, Fackelb., Allee 34  
Paul Reher, Tunkenhagen 5  
E. Winkelmann Nachf., Entin.  
L. Louis Rathmann, Schwartzau

**Herren- u. Knab.-Gard.**  
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a  
Rudolph Karstadt, Entin.

**Hüte und Mützen**  
Adolph Dimpker, Lübeck, Warendörferstr. 9  
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24

**Kino-Salon**  
Biophon-Theater  
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platz. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

**Kolonial-, Fettwar.**  
Fедder J. Behm, Hansastr. 97  
Johs. Breede, Dankwärtersgr. 37  
Reinh. Büsen, Arminstr. 1a  
Heinr. Franck, Warendörferstr. 67  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 9  
Carl Hudoffsky, Marienstr. 44  
D. Lerch, Lg. Lohberg 37  
Ernst Lüth, Spillersstr. 5  
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a  
J. Semrau, Hülstr.  
H. Lettow, Entin, Weidestr. 4  
Louis Rathmann, Schwartzau  
J. U. Krüger, Travemünde.

**Kurz-, Weiss-, Wollw.**  
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39  
Pauli Remien, Malente, Bahnhofstr.

**Manufakturwaren**  
Johann Dittmer, Drögest. 12a  
Pauli Remien, Malente, Bahnhofstr.  
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.  
Hamb. Engros-Lager, Schwartzau  
K. Quitzan, Schwartzau, Marktstr. 14

**Möbelmagazine**  
Gintze & Steh, Möbel-Fabrik,  
Detail-Verkauf in der Allee 60  
W. Pamperin, Mühlenstr. 47  
Wohnungseinrichtungen z. billigen Pr.

**Molkereiprodukte**  
Hansa-Meierei in der  
Amme Lübeck's u. Hermann  
van Milchprodukten aller Art

**Meiereien**  
Meierei Rensefeld  
Inh. Paul Rieckert, Vortheilhafte  
Bezugsquelle für Milch und Butter.  
Meierei Schwartzau  
Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144  
Milch und B. Molkereiprodukte.

**Optik u. Mechanik**  
Carl Volger, OptischesSpezial-Geschäft,  
56 Breitestr. 56.

**Photogr. Ateliers**  
O. Goetze, Lübeck,  
Gr. Burgstr. 15  
Jul. Pingel, Johannsstr. 15  
Breitestr. 39  
Samson & Co., Fernspr. 1057.

**Billigste Bezugsquelle für**  
Öfen, Herde, Gaskocher, Grubenöfen  
Adolf Borgfeldt,  
Fernruf 672, Mühlenstr. 36 und 46.

**Putz- u. Modewaren**  
B. Döhrmann, Holstenstr. 18

**Empfehlensw. Restaur.**  
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33

**Schreibwaren**  
Aug. Burmeister, Lübeck,  
M. Maxein Wwe., Moisig, Allee 40a  
Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.

**Schuhwaren**  
Rud. Möller, Hartengr. 33. Reparatur.  
Aug. Rostock, Fühlhausen 5  
Rudolph Karstadt, Entin.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

**Seifen, Toilette-Art.**  
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 9

**Stahl-, Eisenwaren**  
Franz Gönzmer, Fackelb., Allee 106b  
Fernruf 1031.  
F. Wichmann, Hülstr. 46. So-  
linger Stahlwaren.

**Tapeten, Linoleum**  
Carl Bouleko, Lübeck, Königstr.  
Fritz Rehm, Beckergasse 20.

**Frikot., Strumpfw.**  
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15

**Uhren-Repar.-Werkst.**  
Amerikanische, Hülstr. 71  
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.  
2 Jahre schriftliche Garantie.

**Uhren, Goldwaren**  
August Büttner, Uhrmacher,  
W. Westfening, Holstenstr. 32  
H. Nevermann, Schwartzau.

**Weine, Spirituosen**  
Fr. Geist, Lübeck, Hülstr. 8, T. 1935  
Fischergrube  
Friedr. Otto, 43, empfehl.  
Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!